



**„Denke nicht in Problemen,
denke in Lösungen.“**

**Johann Wolfgang von Goethe
(1749-1832)**

Dichter, Denker, Naturforscher, Politiker

Haushaltsrede 2023

von

Bürgermeister Thomas Groll

19.12.2022



„Ich hab’s.....!“

Wickie

Sohn des Wikingerhäuptlings Halvar von Flake

Zur Vorbereitung der **Haushaltsrede 2023** und der damit stets einhergehenden **Betrachtung über die allgemeine kommunalpolitische Situation unserer Heimatstadt Neustadt (Hessen)** blätterte ich zunächst noch einmal meine Haushaltsreden der vergangenen Jahre durch.

Seit 2007 sind hier mehrere hundert Seiten zusammengekommen, schließlich darf ich Ihnen heute bereits zum sechzehnten Male ein solch umfangreiches Zahlenwerk vorstellen und erläutern.

„**Eins, zwei, drei im Sauseschritt, eilt die Zeit, wir eilen mit**“, dieses Wort des Dichters Wilhelm Busch (1832-1908) trifft auch hier den Nagel auf dem Kopf.

Ab dem kommenden August werde ich neben dem Kollegen Spanka aus Wetter der am längsten im Amt befindliche Bürgermeister im Landkreis Marburg-Biedenkopf sein. Dieser wird dann Anfang 2024 ausscheiden und ich der „Methusalem“ der Bürgermeister sein.

Ich mag kaum glauben, wie schnell doch die Jahre dahingezogen sind.

Im Rückblick waren es bisher gute Jahre für unsere Kommune, denen nach dem 30. Juni 2025 durchaus noch weitere folgen könnten.

Für meinen Teil bin ich jedenfalls gerne bereit, **mich Anfang 2025 erneut dem Votum der Bürgerschaft zu stellen** und diese um Unterstützung für meine Arbeit zu bitten.

Nach wie vor habe ich große Freude an meiner Tätigkeit für unsere Heimatstadt und arbeite gerne mit Ihnen allen zusammen.

Wenn mich kürzlich ein AfD-Funktionär aus Gießen als „**grünlackierten CDU-Bürgermeister**“ bezeichnete, „der aus einer beschaulichen Kleinstadt einen Quell der Aufnahmeleidenschaft gemacht hat“ oder man im sogenannten „Bürgerdialog“ bei Facebook nach einem Körperverletzungsdelikt in Neustadt davon schreibt, „**dass Grolls Goldstücke zugestochen hätten**“, dann ärgert mich dieses zugegebenermaßen kurzzeitig massiv, aber ich weiß diese Äußerungen auch einzuordnen.

Wer sich so unqualifiziert äußert, der ist objektiven Fakten einfach nicht zugänglich, mit dem diskutiere ich deshalb aber auch nicht.

In Sachen Außenstelle der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete gehe ich bekanntermaßen keinem vernünftigen Gespräch aus dem Weg, halte mit Informationen nicht hinter dem Berg, verlange dann aber im Gegenzug schon ein gewisses Niveau in der Argumentation bei den Kritikern.

Rein populistische Aussagen und beleidigende Äußerungen zählen für mich nicht dazu.

Eines ist doch klar: **Wir haben uns nicht um diese Einrichtung beworben, wir konnten sie nicht verhindern und haben auf die Belegung keinen Einfluss.**

Wir können nur versuchen, das Beste für unsere Kommune aus der Situation zu machen. Dies gilt sowohl bezüglich etwaiger **Chancen für die Stadtentwicklung** als auch in Fragen der **öffentlichen Sicherheit**.

Beides können wir aber nicht alleine bewerkstelligen, sondern **brauchen das Land** Hessen dazu. Ich werde hierauf im Verlauf meiner Ausführungen noch zurückkommen.

Aber bereits an dieser Stelle möchte ich hervorheben, dass wir die uns bisher eröffneten Entwicklungschancen konsequent genutzt haben.

In den letzten fünfzehn Jahren konnte im konstruktiven Miteinander der politischen Gremien viel für Neustadt und seine Stadtteile Mengersberg, Momberg und Speckswinkel erreicht werden.

Investitionen in Höhe von über 25 Mio. Euro wurden in die Infrastruktur unserer Kommune getätigt, dennoch Schulden abgebaut, vielfältige Strukturen im sozialen Bereich geschaffen und Netzwerke aufgebaut.

Man nimmt unser **Neustadt** in der Region seit über einem Jahrzehnt als eine **aktive Kommune** wahr, in der sich stets etwas tut.

Dies ist eine Aussage, die Sie nun schon seit Jahren von mir hören, die durch die Fraktionsvorsitzenden immer wieder bestätigt wird und die auch gegenwärtig uneingeschränkt zutrifft.

Aktuelle Themen werden vor Ort besetzt und nicht auf die lange Bank geschoben.

Den Herausforderungen der Zeit stellen wir uns im Rahmen des Möglichen.

Kommunalpolitik setzt bei uns nicht lediglich hier und da einmal Akzente, sondern folgt erkennbar einem „roten Faden“.

Die **Haushaltspläne bauen seit langem aufeinander auf** und die **mittelfristige Finanzplanung lässt frühzeitig erkennen, welche Vorhaben** in Zukunft anstehen.

Daher kommt es bei Haushaltsreden auch selten zu Überraschungen oder der Vorstellung gänzlich neuer Projekte.

Wir haben einen **regelmäßigen Informationsfluss untereinander**, so dass die Stadtverordneten frühzeitig wissen, wo die Reise des kleinen Seglers „Neustadt“ nach Auffassung des Kapitäns hingehen soll.

So wie man Kommunalpolitik nicht bloß in einzelnen Schubladen denken sollte, die nichts miteinander zu tun haben, so ist auch meine diesjährige Haushaltsrede nicht einfach in aufeinanderfolgende Kapitel gegliedert, die jeweils für sich selbst stehen.

Man kann nach meinem Dafürhalten in einer solchen Rede nicht lediglich die Einzelpläne des Haushaltes „herunterbeten“, sondern **man muss vielmehr in Zusammenhängen denken und diese auch entsprechend darstellen.**

Hängen doch die einzelnen Teile eines solchen Etats wie bei einem Puzzle zusammen und ergeben erst gemeinsam ein Bild.

Der Austausch der Straßenbeleuchtung ist eben auch Klimaschutz, die Unterstützung des Ehrenamtes und der Vereine ist auch Sozialpolitik und genügend Kindergartenplätze oder Kinderspielplätze spielen natürlich auch eine Rolle für die Stadtentwicklung und die Ansiedlung von Familien.

Die Wiederaufforstung im Stadtwald sollte den Klimawandel berücksichtigen, das Kultur- und Bürgerzentrum dient vielen unterschiedlichen Zwecken und eine mögliche Gasmangellage und gut ausgerüstete Freiwillige Feuerwehren als Teil des Katastrophenschutzes gehören zusammen.

Wer dieser Rede aufmerksam folgt, wird nach meiner Auffassung alle wichtigen Themen der Neustädter Kommunalpolitik behandelt finden. Nur eben manchmal nicht an der Stelle, wo man es vielleicht bei „klassischer Anordnung“ erwartet.

Sie werden zudem feststellen, dass auch 2023 wieder ein mittlerer Millionenbetrag in die Zukunft unserer Heimatstadt investiert werden kann.

Es ist begrüßenswert, dass wir in den städtischen Gremien seit über einem Jahrzehnt regelmäßig bestrebt sind, das Gemeinsame zu suchen.

Wer über unterschiedliche Lösungsansätze diskutiert, der muss nicht zwangsläufig streiten.

Einen guten Vorschlag anderer anzunehmen, ist dabei auch kein Zeichen von Schwäche.

Uns alle eint bei unserer kommunalpolitischen Arbeit das Wort des Propheten Jeremia: „Suchet der Stadt Bestes!“ (Jer 29,7)

Lassen Sie uns diesen Weg auch weiterhin beschreiten, ist er doch zum Wohle Neustadts.

Meine Haushaltsrede 2023 habe ich mit einem Zitat des großen Dichters, Denkers, Naturforschers und Politikers Johann Wolfgang von Goethe (1749-1832) überschrieben: **„Denke nicht in Problemen. Denke in Lösungen.“**

Dieser Ausspruch gefällt mir sehr gut, gerade in krisenhaften Zeiten wie diesen.

Ich sehe darin – ohne hoffentlich anmaßend zu wirken – auch meine Arbeitsweise als Bürgermeister beschrieben.

Über alles Schwere und Unwägbare dieser Welt zu lamentieren, bringt uns nicht vorwärts - weder im Beruf noch in der Familie und auch nicht in der Kommunalpolitik.

Wir müssen vielmehr die Ärmel hochkrempeln, nach umsetzbaren Lösungen suchen und dann „machen“. Das ist Pragmatismus.

In diesem Zusammenhang fällt mir dann spontan die Comicfigur des Wikingerjungen Wickie ein.

Sicher kennen Sie auch noch die Fernsehserie „Wickie und die starken Männer“. Sie stammt aus dem Jahr 1974, einer Zeit, als die TV-Sendungen im Kinderprogramm noch Inhalt hatten und nicht nur Lärm ...

Wickie, der Sohn des Häuptlings Halvar aus Flake, ist nicht auf den Kopf gefallen. Er hat Ideen, ist innovativ, gibt nicht auf und kommt manchmal auch mit Glück zum Erfolg. Sein Ausruf „Ich hab’s...!“ zeigt immer wieder an, dass es vorwärtsgeht.

Eine wie ich finde durchaus moderne Übersetzung des soeben zitierten Goethe-Wortes.

Und wenn dann doch einmal etwas nicht gelingt, dürfen wir daran nicht gleich verzweifeln oder aufgeben, sondern sollten es vielmehr mit dem US-amerikanischen Erfinder **Thomas Alva Edison** (1847-1931) halten, der einmal sagte: **„Ich bin nicht gescheitert – ich habe 10.000 Wege entdeckt, die nicht funktioniert haben.“**

Der Bürgermeister gibt bei der Erstellung des Haushaltsplans, ähnlich dem Kapitän auf einem Schiff, den Kurs vor und trifft letztlich die Entscheidungen, aber er braucht für das Gelingen des Vorhabens gute Offiziere und eine zuverlässige Mannschaft, daher danke ich bereits an dieser Stelle allen, die seit Anfang Oktober in die Erstellung des Haushaltsplanentwurfes 2023 eingebunden waren, allen voran natürlich der künftigen Leiterin des Fachbereiches I – Innerer Service und Finanzen - **Gitta Kurz.**

Danken möchte ich auch den **Damen und Herren des Magistrats** für das stets konstruktive und an der Sache orientierte Miteinander.

Unserem **Ersten Stadtrat Wolfram Ellenberg** gilt zudem ein besonderes „**Dankeschön**“ für seine stete Unterstützung und die Vertretung bei einzelnen Terminen, denn ein Bürgermeister kann nun einmal nicht selbst überall präsent sein.

Sie können sich sicher alle vorstellen, dass die Erarbeitung eines Haushaltsplanentwurfes in solch unsicheren Zeiten eine besondere Herausforderung dargestellt hat.

Gerade die Entwicklungen auf dem **Bau- und Energiesektor** sind gegenwärtig mit vielen **großen Fragezeichen** versehen.

Wie entwickeln sich Preise, wie Lieferzeiten, bekommt man überhaupt Handwerker – Fragen die momentan allerorten gestellt werden, aber oftmals nicht seriös beantwortet werden können.

Im zu Ende gehenden Jahr 2022 sind wir hier erfreulicherweise ohne größere Verwerfungen davongekommen.

Die Ansätze für Gas, Heizöl, Pellets und Strom waren insgesamt recht auskömmlich kalkuliert und ab August letzten Jahres wurden hier zudem Einsparungen erzielt.

Außerdem hat es sich bezahlt gemacht, dass wir Strom und Gas über die KEAM, eine Tochter der EAM, bezogen haben. Wir mussten nicht wie einige andere Kommunen im Kreis plötzlich in höhere Tarife wechseln.

2023 müssen wir die Ausgaben für Energie, Wasser und Abwasser aber zum Teil deutlich angeheben. Bei Strom rechnen wir beispielsweise mit einem Anstieg von über 40 %.

Mehrausgaben von über 130.000 Euro wurden eingestellt. Wir haben uns bei der Bildung der Ansätze an den bisherigen Ergebnissen des zu Ende gehenden Jahres 2022 orientiert und Preisabfragen bei den Versorgern durchgeführt.

Hoffen wir, dass wir damit hinkommen werden. Aber wer kann dies gegenwärtig schon wissen?

Etwaige Erstattungen aufgrund der Preisbremse des Bundes haben wir übrigens nicht einkalkuliert, sie dürfte es aber bei der Nahwärme geben.

Erhöhungen gibt es im kommenden Jahr auch in vielen anderen Ausgabenpositionen, beispielsweise bei der Niederschlagsgebühr des Zweckverbandes Mittelhessischer Wasserwerke (ZMA).

Als Bürgermeister und natürlich auch als betroffener Bürger bedauere ich dies. Als zukünftiger Verbandsvorsitzender muss ich aber um Verständnis für diese notwendige Maßnahme bitten.

Allein im Bereich der Straßenentwässerung müssen wir daher mit Mehrkosten von rund 40.000 Euro rechnen, aber auch im Bereich vieler von uns bezogenen Dienstleistungen kommt es zu Verteuerungen.

Der Haushalt 2023, den ich Ihnen heute im Entwurf vorlege, ist aber trotz erhöhter Ausgaben in vielen Bereichen und manchen Ungewissheiten im Ergebnis wieder „gelingen“, denn auch auf der Einnahmeseite kommt es erfreulicherweise zu erheblichen Veränderungen.

Einen guten Überblick gibt Ihnen hier die entsprechende Tabelle im Haushaltsvorbericht.

Der **Ergebnishaushalt** ist zum achten Mal in Folge nicht nur ausgeglichen, sondern weist mit rd. **37.000 Euro** im ordentlichen Ergebnis sogar wieder einen leichten **Überschuss** auf. **Monetär sind es sogar 628.000 Euro.**

Hier bitte ich aber zu beachten, dass der Überschuss zum 1.1.2023 tatsächlich höher liegt, wir aber als vorsichtige Haushälter in der **Personalkostendeckungsreserve** zusätzlich **300.000 Euro** eingestellt haben.

Sollten sich nämlich auch die Tarifparteien des **öffentlichen Dienstes** darauf verständigen, einen **Inflationsausgleich durch die Arbeitgeber** zahlen zu lassen, wären wir hier ohne Nachtrag handlungsfähig.

Die Verausgabung dieser Summe wird selbstverständlich unter Sperrvermerk gestellt werden.

In die Weiterentwicklung der Kommune können wir 2023 4.007.000 Euro investieren.

Durch eine **Entnahme** in Höhe von **801.000 Euro** aus dem vorhandenen **Zahlungsmittelbestand** kommen wir zum wiederholten Male **ohne die Aufnahme von Krediten** aus.

Aufgrund der **Tilgungen** verringert sich die Verschuldung der Kommune 2023 erneut um rund **427.000 Euro.**

Wenn Sie auf die zum 31.12.2023 nach unserer heutigen Planung noch vorhandenen Zahlungsmittel schauen, lassen Sie sich bitte nicht täuschen.

Dieser Betrag enthält nämlich sowohl die **liquiden Mittel in Höhe von zumindest 1.500.000 Euro** als auch bereits verplante Mittel – sei es durch Ansätze der Vergangenheit oder als vorzusehende Mindestrücklage.

In unsere Planungen können wir aber nur die liquiden Mittel einbeziehen.

Aufgrund der in den kommenden Jahren anstehenden Vorhaben - darüber werde ich Ihnen im weiteren Verlauf noch berichten – kann daher heute nicht ausgeschlossen werden, dass **eine Neuverschuldung durchaus wieder einmal in Betracht gezogen werden muss, um die großen Aufgaben der Zukunft bewältigen zu können.**

Dies gilt insbesondere dann, wenn gar keine oder nur eine geringere Ko-Finanzierung durch Fördermittel als bisher zur Verfügung stehen sollte.

Zudem sollten wir uns neben der gesetzlich vorgegebenen Mindestrücklage in Höhe von 323.700 Euro **nicht vollständig „blank“ machen** und eine „Notreserve“ im Stadtsäckel haben.

Umso wichtiger ist, dass die geplanten **Windräder bei „Trillrodt“ und am „Dreiherrenstein“** nach über zehn Jahren endlich Wirklichkeit werden.

Hier müssen Genehmigungen einfach schneller erfolgen, wenn die Energiewende gelingen soll. Zudem darf es nicht sein, dass nun die Bundeswehr ihre Hubschrauberübungsroute durch das Windrad bei „Trillrodt“ auf einmal gefährdet sieht. So kommen wir nicht vorwärts.

Zusätzliche Einnahmen von zumindest 235.000 Euro jährlich in 2024 und sogar 390.000 ab 2025 würden unseren Haushalt erheblich stabilisieren.

Erfreulich in diesem Zusammenhang auch, dass wir nach Ankündigung von ENERPARC und der Energiegenossenschaft Vogelsberg für die in unserer Kommune bereits vorhandenen **PV-Freiflächenanlagen** nach einer Änderung des Erneuerbaren Energiegesetzes **ab 2023 jährlich rund 40.000 Euro** erhalten werden.

Wir sehen: Unsere Aufgeschlossenheit für Erneuerbare Energien macht sich bezahlt.

In unserer Kommune, gerade auch im Stadtteil Speckswinkel, wird bereits ein großer Beitrag zur regenerativen Energieerzeugung geleistet.

Nach den aktuellen Planungen der **Bundesregierung** müssen wir aber davon ausgehen, dass die **Flächen für Solarparks vor Ort** sich noch **verdoppeln** könnten.

Dies ist sicher kein einfaches Unterfangen.

Nach meinem Dafürhalten gilt es hier im Fall der Fälle **mit der Landwirtschaft zusammenzuarbeiten und Flächen mit niedriger Bodenpunktzahl** auszuwählen.

Zudem werden wir an unserem Grundsatzbeschluss festhalten und **regionale Wertschöpfung** ermöglichen.

Aber noch einmal einen Gedanken zu einer etwaigen **Neuverschuldung in den kommenden Jahren: Eine solche Kreditaufnahme halte ich ohne Wenn und Aber für verantwortbar.**

Wir werden uns vor Ort auch zukünftig **keinen Luxus leisten**, sondern „nur“ das **Notwendige für die Weiterentwicklung Neustadts und seiner Stadtteile** umsetzen – was bereits sehr viel ist.

Investitionen in die Infrastruktur einer Kommune werden für die kommenden Jahrzehnte getätigt, so dass auch eine Finanzierung über einen längeren Zeitraum und damit letztlich durch zwei Generationen akzeptabel ist.

Bei der **mittelfristigen Finanzplanung** müssen wir natürlich zunächst das Jahr **2024** betrachten.

Hier erscheint gegenwärtig eine Entnahme von liquiden Mitteln in Höhe von 817.000 Euro notwendig zu sein, um die geplanten investiven Vorhaben zu stemmen.

Dies könnte dann – auch abhängig vom Haushaltsverlauf 2023 - in der Folge die von mir angesprochene Kreditaufnahme nach sich ziehen.

Als optimistischer Mensch halte ich es aber hier mit Artikel 3 des „Kölner Grundgesetzes“: „Et hätt noch immer jot jejang.“

Für 2025 und 2026 sieht es dann aber recht positiv aus, aber darauf dürfen wir uns nicht verlassen. Bis dahin kann noch so viel passieren – positiv, wie leider auch negativ.

Gewinnen Sie bitte trotz der hohen Investitionen in Vergangenheit und Gegenwart nicht den Eindruck, dass es uns vor Ort so richtig gut gehe.

Entscheidende Faktoren für die Vielzahl der Projekte sind die **erhöhten Schlüsselzuweisungen** des Landes nicht zuletzt aufgrund der Belegung der HEAE und ein **engagiertes Fördermittelmanagement**. Ansonsten ist unsere Kommune leider weiterhin eher als finanzschwach anzusehen.

Für das Gelingen von „Neustadt 2030“, der positiven Weiterentwicklung unserer Heimatstadt, braucht es weiterhin Sie alle: die Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung, des Magistrats und der Ortsbeiräte.

Sie beraten und beschließen in den kommenden Wochen nicht nur über das vorliegende Zahlenwerk und begleiten anschließend dessen Umsetzung, sondern auch **ihre Ideen** für die Zukunft unserer Kommune **sind gefragt**.

Gerne will ich weiterhin Motor und Moderator für das Vorankommen Neustadts sein, so verstehe ich schließlich seit vielen Jahren das Amt des Bürgermeisters.

Sie wissen aber auch, dass ich immer wieder Ideen aus Ihrem Kreis aufnehme und dabei den Urheber durchaus nicht verschweige.

Lassen Sie uns weiterhin nicht nur an einem Seil, sondern auch – was entscheidend ist - in eine Richtung ziehen.

Ein Schlagwort, das Sie momentan im Vorfeld jeder Bürgermeisterwahl hören können, ist **Bürgerbeteiligung**.

Dieses Instrument des Mitmachens ist wichtig, es dürfen dabei aber natürlich nicht die **Zuständigkeiten der Hessischen Gemeindeordnung** verwischt werden.

Verbindliche Entscheidungen müssen weiterhin in den städtischen Gremien fallen und nicht in einem weiter gefassten „außerparlamentarischen“ Rahmen.

In Neustadt (Hessen) bieten wir Interessierten bereits seit längerem verschiedene Möglichkeiten des Mitmachens an.

Sowohl im Vorfeld des **Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt/Zusammenhalt** als auch beim **Dorfentwicklungsprogramm** gab es eine intensive Phase der Bürgerbeteiligung, vergleichbar geschah dies auch bei der Erstellung des neuen **Regionalen Entwicklungskonzeptes** für die LEADER-Region Marburger Land.

Über die Vergabe der Mittel des **Verfügungsfonds** bei der „Sozialen Stadt“ berät ein Arbeitskreis interessierter Bürgerinnen und Bürger und gibt dem Magistrat Empfehlungen ab.

Dies wird auch beim 2023 neu einzurichtenden **Anreizprogramm für kleinere Sanierungs- bzw. Verschönerungsmaßnahmen** im Stadtkern so sein.

Und auch über die Vergabe der Gelder beim „**Neustädter Bürgerbudget**“ berät eine Jury aus der Mitte der Bevölkerung. Das Projekt war 2022 mit fünfzehn Bewilligungen sehr erfolgreich und soll daher mit einem unveränderten Ansatz von **18.000 Euro** eine Fortsetzung erfahren.

Wer wollte, konnte sich zudem sowohl bei den **Workshops** zum **Nachmobilitätscheck** als auch der Erstellung eines **Verkehrskonzeptes für die Innenstadt** einbringen.

Diese beiden konzeptionellen Erarbeitungen werden uns in der Folge begleiten.

Beim Thema **Radwege** werden wir das **Miteinander mit dem Landkreis** und – hier dann auch kreisübergreifend – mit **den an Neustadt angrenzenden Städten und Gemeinden** suchen.

Kürzlich hatte ich Gelegenheit, mit **Landrat Wilfried Becker** vom Schwalm-Eder-Kreis zu sprechen.

Dankenswerterweise sieht er es als wichtig an, **Radwegeverbindungen kreisübergreifend zu denken**. Sicher gewinnen wir auch unseren **Landrat Jens Womelsdorf** hierfür.

Dann müssen wir nur noch **Hessen Mobil** überzeugen, Fördermittel für solche Vorhaben wie beispielsweise eine „richtige“ Radwegeverbindung Neustadt-Schwalmstadt durch das „Frauenrodt“ zu gewähren.

Aufgenommen habe ich in diesem Zusammenhang übrigens auch den Beitrag aus der SPD-Fraktion, Sie sehen, ich lasse Worten Taten folgen, den **Verbindungsweg zwischen Schalkert und Willingshäuser Straße als Radweg auszubauen**.

Wir werden hierüber aber zunächst einmal mit der Unteren Naturschutzbehörde sprechen müssen, denn das Gelände ist naturschutzrechtlich sensibel. Zudem müssen wir uns mit den örtlichen Gegebenheiten – Überschwemmungen – und der Tatsache, dass der Weg auch von Landwirten genutzt wird, auseinandersetzen.

In 2023 und 2024 haben wir insgesamt 60.000 Euro für das sinnvolle Vorhaben eingeplant.

Die Umsetzung verkehrlicher Überlegungen für die Innenstadt sollte sinnvollerweise erst nach der Verkehrsfreigabe der A 49 im Teilstück Schwalmstadt – Stadtallendorf erfolgen, denn dann dürfte der Verkehr in Hindenburg- und Bahnhofstraße merklich zurückgehen.

Die **Verkehrsstudie** von mociety und VIA und der Nahmobilitätscheck werden uns hierfür wichtige Erkenntnisse liefern.

Im Hinblick auf die Verkehrsstudie hätte ich mir übrigens eine zügigere Erstellung gewünscht.

Ideen für künftige Maßnahmen im Innenstadtbereich bekommen wir neben der angesprochenen „Zukunftswerkstatt“ auch von der „Herbstschule“ der Studierenden aus Kassel und Alexandria.

Dies war in meinen Augen ein gelungenes Projekt im Rahmen des **Förderprogramms „Zukunft Innenstadt“**.

Wenn wir dann beispielsweise über eine weitere **Verkehrsberuhigung in der Marktstraße** reden werden, müssen wir aber genau das Ziel definieren, das wir erreichen wollen und dabei

auch die **Interessen von Gastronomie und Handel berücksichtigen**, die beispielsweise gerne Parkplätze in kurzer Distanz zur Lokalität oder dem Ladengeschäft haben möchten.

Es wäre mir zudem persönlich beispielsweise zu wenig, den **Marktplatz** einfach nur zu sperren, dann bräuchte es vielmehr dort auch **regelmäßige Aktivitäten**, um für eine solche Maßnahme eine möglichst breite Akzeptanz zu erreichen.

Aus der Presse wissen wir, dass die Nutzung von **Marktplätzen grundsätzlich ein schwieriges Thema** ist. Sie müssen diesbezüglich beispielsweise nur nach Kirchhain schauen.

Hier wird es also darum gehen, Kompromisse zu finden.

Ein schönes Zitat fand ich dazu bei **Ludwig Erhard** (1897-1977), dem Vater des „Wirtschaftswunders“ der 1950er Jahren: **„Ein Kompromiss, das ist die Kunst, einen Kuchen so zu teilen, dass jeder meint, er habe das größte Stück bekommen.“**

Nachzudenken wäre auch über einen **Einbahnverkehr in der Bogenstraße**.

Mit schnellen Schritten geht der Weiterbau der A 49 voran.

Die Freigabe der beiden restlichen Teilstücke könnte tatsächlich Ende 2024 erfolgen.

Bisher war die Zunahme der Verkehrsbelastung in unserer Kommune nach Freigabe der Auf- und Abfahrt bei Treysa - bei objektiver Betrachtung – akzeptabel.

Für die Entwicklung unserer Kommune ist der Anschluss an eine Autobahn vorteilhaft.

In der Kombination mit guten Zugverbindungen, einem Glasfasernetz in allen Stadtteilen, also auch in Mengersberg!, und passenden harten und weichen Standortfaktoren werden wir immer mehr zu einer attraktiven Wohnstadt.

Damit die Breitband GmbH die **Beseitigung der „grauen Flecken“ bei der Glasfaserversorgung** stemmen kann, muss unsere Kommune in den nächsten fünf Jahren maximal etwa **450.000 Euro** aufbringen. Die Stadtverordnetenversammlung hat hierüber vor einigen Monaten Beschluss gefasst. Der Betrag ist in fünf gleichen Teilen im Haushalt berücksichtigt worden.

Wir hoffen natürlich, dass sich die Kosten noch deutlich verringern, was durchaus möglich ist, denn zwischenzeitlich findet hier ein Bieterwettbewerb statt.

Alle aktuell verfügbaren Gewerbegrundstücke im **Gewerbegebiet „Am Gelicht“** sind veräußert.

Wir arbeiten gerade an der **Aktualisierung des Bebauungsplanes für den II. Abschnitt**.

Dabei müssen wir aber erkennen, dass die **Verkaufsbereitschaft der Eigentümer**, zum Teil aktive Landwirte, **eher überschaubar** ist. Erst zwei von sechs Hektar konnten durch die Hessische Landgesellschaft erworben werden.

Bereits im letzten Jahr verwies ich darauf, dass wir im Bedarfsfall die gestundeten Vorausleistungen auf die Erschließungsbeiträge fällig stellen müssen, um das Erweiterungsgebiet realisieren zu können.

Wir hoffen, Ende 2024 mit den zusätzlichen Flächen auf den Markt gehen zu können.

Das Regierungspräsidium gab mit dem Entwurf des regionalen Raumordnungsplanes Mittelhessen zu verstehen, dass es eine größere Neuausweisung von Gewerbeflächen in Neustadt nicht sieht.

Möglicherweise könnte aber ein **Interkommunales Gewerbegebiet** hier eine Chance bieten. Darüber stehen wir gerade in Gesprächen mit **Kirchhain als Standortgemeinde, Marburg und Rauschenberg**. Allerdings haben wir hier erst den Platz im Startblock eingenommen. Die Hürden liegen allesamt noch vor uns.

Die A 49 bringt aber natürlich nicht nur Vorteile.

Nach Freigabe der Auf- und Abfahrt bei Speckswinkel müssen wir die Verkehrsmenge in der „Lehmkaute“ genau beobachten.

Hier steht ein deutlicher Anstieg zu erwarten. Die Anlieger haben dann ein Recht darauf, dass wir ihre Interessen gegenüber dem Straßenbaulastträger vertreten.

Vom Landkreis Marburg-Biedenkopf fordern wir im Hinblick auf die abzustufenden Kreisstraßen – immerhin fast 11 km – dass uns diese in einem guten, d.h. sanierten Zustand übergeben werden.

Ein bloß verkehrssicherer Zustand weicht davon nach unten ab und wäre uns als Kommune zu wenig.

Ich würde mir hier wünschen, dass Kreis und Hessen Mobil hier etwas zügiger vorankämen.

Diese Thematik ist gerade auch für die **Treysaer Straße** in Mengsberg von Bedeutung.

Hier gibt es aber im Unterschied zu den anderen betroffenen Straßen erfreulicherweise bereits die Einschätzung aller Beteiligten, **dass dieser Straßenzug auf Kosten des abgebenden Landkreises grundhaft erneuert werden muss.**

Der **Technikbereich der ehemaligen Kaserne** konnte inzwischen von der BlmA **verkauft** werden. Die neuen Eigentümer streben hier vorrangig die Verpachtung von Hallen und Schleppdächern an und stehen mit uns in Kontakt.

Die **Firma FELO** ist bei weitem der größte Arbeitgeber vor Ort. Ebenso wie der Würth-Konzern unterstützen wir das Bauvorhaben „FELO 2035“. Alles, was Arbeitsplätze vor Ort sichert und möglicherweise sogar Neue schafft, ist im Interesse der Kommune.

Im Rahmen des Themas „**Mobilität der Zukunft**“ wäre im Übrigen eine **größere Akzeptanz des Bürgerbusses** wünschenswert. Möglicherweise erreicht man diese durch eine Ausweitung der Fahrzeiten oder mehr Flexibilität.

Dies kann aber nur im Miteinander mit den **ehrenamtlichen Fahrern** gelingen, denen ich **herzlich für ihren Einsatz danke**.

Die **Barrierefreiheit von Bushaltestellen** haben wir vorrangig immer dann auf der Agenda, wenn Straßen grundhaft saniert werden. Dies war in der Querallee so und wird beispielsweise am Engelhain in Mengersberg so sein.

Viele unserer aktuellen Haltestellen kann man aufgrund ihrer Lage nur schwerlich barrierefrei machen. Auch hier wird es um **Kompromisse** gehen müssen.

Man kann zwar auf Bundesebene die Barrierefreiheit aller Bushaltestellen beschließen, aber die örtlichen Gegebenheiten verändert man dadurch nicht.

Daher gehen wir bei unseren Planungen davon aus, dass wir pragmatisch ans Werk gehen werden und für die Maßnahmen, die wir angehen wollen, nicht unbedingt mit Fördermitteln rechnen können.

Im Jubiläumsjahr „Neustadt 750“ fanden die inhaltlichen Veranstaltungen der **Zukunftswerkstatt „Neustadt 2030“** statt.

Leider war die Beteiligung hieran sehr überschaubar.

Ich stelle mir natürlich die Frage, warum das so war. Lag es am Termin oder an der Werbung?

Meines Erachtens nicht. Interessiert das Thema nicht? Ich vermag mir das einfach nicht vorzustellen.

Ich befürchte vielmehr, dass es bei vielen Gleichgültigkeit ist.

Dass man zum einen überhaupt nicht glauben will, dass ein aktives Mittun möglich ist, dass eigene Ideen gefragt sind.

Dass man sich zum anderen aber auch gar nicht die Mühe machen will, seine „grauen Zellen“ anzustrengen. Meckern ist ja auch viel leichter, als nachzudenken.

Eine australische Weisheit lautet: „Gleichgültigkeit bringt Schiffe zum Stranden“.

Dazu wollen wir es bei unserem kleinen Segler „Neustadt“ nicht kommen lassen.

Wir werden daher weiterhin zum Mitmachen einladen, beispielsweise beim Projekt „Global nachhaltige Kommune“.

In diesem Zusammenhang fällt mir die zutreffende Analyse von Bastian Schweinsteiger zum Ausscheiden der deutschen Mannschaft bei der Fußball-WM ein.

Er vermisste „das Feuer“ bei den Nationalspielern. Solches Feuer brauchen wir vor Ort auch bei der Einwohnerschaft, wenn es um die Zukunft unserer Kommune geht.

Wir müssen versuchen, es verstärkt zu entflammen.

Dabei setzen wir auch zukünftig auf eine **aktive Öffentlichkeitsarbeit**.

Dabei wird das **„Neustädter Mitteilungsblatt“** – für das wir aufgrund der Preissituation bei Papier, den steigenden Personalkosten und der Erhöhung des Mindestlohns für die Träger zusätzliche Mittel aufbringen müssen – ebenso eine wichtige Rolle spielen wie **Möglichkeiten der modernen Kommunikation**.

Für mein Teil schätze ich die Bedeutung von Printmedien bekanntermaßen nach wie vor als bedeutsam ein.

Der zusätzliche Betrag von rund 10.000 Euro für das „Mitteilungsblatt“ ist hoch, aber man muss auch wissen, dass die Kommune mit ihren Zahlungen lediglich 16 % der anfallenden Kosten deckt. Hier müssen andere Städte und Gemeinden wesentlich mehr leisten, auch andere Anbieter mussten nämlich deutliche Erhöhungen vornehmen.

Wenn Sie das heutige **„Blättchen“** mit seinen vielfältigen Berichten über kommunale Geschehnisse sowie die lokalen sozialen Angebote und Netzwerke mit dem „Mitteilungsblatt“ vor fünf oder gar zehn Jahren vergleichen, stellt man einen deutlichen **Qualitätssprung** fest. Der geringe Bezugspreis sollte es eigentlich ermöglichen, dass es eine noch größere Leserschaft findet.

Ich kenne keine vergleichbare Woche für Woche erscheinende Gemeindezeitung, mit einer solchen Vielzahl an Vor- und Nachberichten zu kommunalen Themen.

Äußerst positive Resonanzen findet im Übrigen das hervorragend aufgemachte **„Mitteilungsblatt für Kids“**, hier werden für das kommende Jahr drei weitere Ausgaben angestrebt.

Mein Dank gilt denen, die sich darum kümmern, **den Nachwuchs mit spannenden Informationen über Neustadt zu versorgen.**

Schön wäre sicher auch eine **„Neustadt App“**, allerdings lassen mich Anschaffungskosten von rund **12.000 Euro** sowie jährliche Folgekosten von etwa 7.000 Euro hier doch (noch) etwas zurückhaltend sein und durchaus auch die Frage nach **Kosten und Nutzen** stellen.

Aber natürlich habe ich den Ergebnissen der „Herbstschule“ entnommen, welche Bedeutung die Studierenden einer kommunalen APP beimesen und welche Chancen und Möglichkeiten sie sehen.

In Rheinland-Pfalz trägt das Land übrigens die Kosten für eine gut gemachte „Dorf App“, Hessen sollte diesem Beispiel bald folgen.

Hier sollten wir daher in 2023 zunächst die weitere Entwicklung abwarten.

Bei der Einführung der **digitalen Akte** gehörten wir vor Jahren zu den Vorreitern, erhielten aber keine Förderung des Landes. Nun gilt deren Einführung in Hessens kommunalen Verwaltungen als besonders innovativ und wird hoch bezuschusst.

Merke: Nicht immer ist es gut, zu den Schnellsten zu gehören.

Um aber im Bedarfsfall handlungsfähig zu sein, haben wir eine Ausgabeermächtigung von 10.000 Euro in 2023 als „Merkposten“ vorgesehen, denn über kurz oder lang sollten wir hier aktiv werden.

Leider ist in dem Bereich **„Soziale Medien“** nach dem Weggang der bisherigen Quartiersmanagerin doch einiges – auch der gut angelaufenen **„Neustadt Podcast“** – liegen geblieben. Daran wird 2023 schrittweise wieder anzuknüpfen sein.

Kein einfaches Unterfangen für eine Verwaltung ohne eigenen Bereich für Öffentlichkeitsarbeit.

Ja, gerade in diesen Bereichen wäre (auch aus meiner Sicht) vieles wünschenswert, aber die dann anfallende Arbeit muss auch erledigt werden. Eine Feststellung, die natürlich ebenfalls auf andere Bereiche zutrifft.

Unter **Bürgerbeteiligung** möchte ich beispielsweise aber auch die **Bioenergiegenossenschaft in Mengersberg, die Vorbereitungen des Dorfbiläums „Speckswinkel 800“, den Arbeitskreis „Multifunktionales Haus Momberg“ samt der dortigen „Kaffeetanten“ (und des –onkels), das Straßenmalerfestival und „WIR für UNS“ – Bürgerverein Neustadt e.V. vorrangig mit der Bürgerhilfe** einordnen.

Hier zeigt sich nämlich **bürgerschaftliches Engagement aus der Mitte der Bevölkerung heraus.**

Dafür gilt es zu danken, denn erst solche Aktivitäten machen eine **lebendige Kommune** aus und geben ihr ein Gesicht.

Die Stadt Neustadt (Hessen) ist natürlich auch weiterhin im Rahmen des ihr Möglichen bereit, in allen diesen Bereichen finanziell und auch durch den Einsatz von Verwaltung und Bauhof zu unterstützen, schließlich profitiert die gesamte Kommune von diesen Aktivitäten.

Selbstverständlich sollte dabei für alle Beteiligten sein, dass Planungen abgestimmt werden und dass es von beiden Seiten ein Miteinander gibt.

Die Ergebnisse der „Zukunftswerkstatt“ sind im Übrigen in den letzten Wochen schon in weitere konzeptionelle Überlegungen – Verkehrsuntersuchung, Zukunft Innenstadt - eingeflossen und werden Ihnen in geeigneter Weise im ersten Quartal 2023 vorgestellt werden.

Das einleitende Kapitel meiner bisherigen Haushaltsreden befasste sich immer mit der „politischen Großwetterlage“.

Manche(r) von Ihnen mag sich regelmäßig gefragt haben, **warum spricht der Bürgermeister immer wieder über Dinge, die nicht in unserem örtlichen Verantwortungsbereich liegen,** auf die wir keinen oder nur einen äußerst geringen Einfluss haben und die wir doch zumeist nur als mehr oder weniger interessierte Beobachter aus den Medien wahrnehmen.

Diesen Einstieg zur Erläuterung des Zahlenwerks habe ich Jahr für Jahr bewusst gewählt, denn **das, was in der Welt, in Europa und in Deutschland geschieht, hat immer – wenn manchmal auch zeitverzögert – zugleich auch Auswirkungen auf das Geschehen in unserer kleinen Heimatstadt.**

Gerade 2022 wurde dieser Zusammenhang sehr deutlich und er wird es – da muss man beileibe kein Prophet sein - auch 2023 bleiben.

Lassen Sie mich in einem Bild sprechen: **Wenn die Weltmeere und großen Flüsse unruhig sind, wenn es dort Sturm, Wellen und Hochwasser gibt, dann schlägt dies letztlich auch bis zur „Wiera“ oder der „Tränkbach“ durch** und bleibt damit natürlich nicht ohne Auswirkungen für unseren kleinen „Segler Neustadt“, für den wir alle gemeinsam die Verantwortung tragen.

Er schaukelt dann bereits im Hafen kräftig hin und her, jede Ausfahrt muss wohlüberlegt und gut vorbereitet sein und manche Tour sollte aufgrund der Unwetter verschoben werden.

Der Grundtenor meiner allgemeinpolitischen Ausführungen wurde in den letzten Jahren leider immer düsterer.

Vielleicht erinnern Sie sich daran.

Mit der einst von Griechenland ausgehenden **Euro-Krise** und dem **BREXIT**, dem Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU, waren es **zunächst „nur“ wirtschaftliche Dinge, die uns Sorge bereiten mussten**, die aber überschaubar erschienen und es letztlich wohl auch sind.

Dann kamen politische Unsicherheiten aufgrund von „Politikern“ wie Trump oder Erdogan, deren demokratische Gesinnung sicher mit einem großen Fragezeichen zu versehen ist, **hinzu** und auch **die Entwicklung Russlands unter dem Autokraten Putin ging** bereits in den letzten Jahren Schritt für Schritt **in die falsche Richtung, nämlich von einer** - wenn auch mit Einschränkungen zu versehenen - **Demokratie hin zu einer Art Diktatur.**

Leider haben die Handelnden in Deutschland gerade hiervor allzu lange die Augen verschlossen und damit letztlich unser Land in eine zu große Abhängigkeit von Russland bei der Versorgung mit Erdgas geführt. Hier gilt es nun, die Weichen rasch anders zu stellen.

Dass ein Politiker wie Donald Trump inzwischen wieder ein potenzieller Präsidentschaftskandidat in den USA ist, wirft ein bezeichnendes Bild auf die dortige Republikanische Partei, aber auch das politische System in den Vereinigten Staaten.

Dieses Land war einstmals die Führungsmacht der freien Welt, ein Vorbild für alle Demokratien ...

Auch die **politische Instabilität in bedeutenden europäischen Ländern wie Italien**, hieran hat man sich im Laufe der Jahrzehnte aber irgendwie schon gewöhnt, **oder neuerdings auch Großbritannien** muss mit Sorge betrachtet werden.

Dass das **Verhältnis von Deutschland und Frankreich** seit einiger Zeit **merklich abgekühlt** ist, sorgt zwar nicht unmittelbar für Verwerfungen, wirft aber kein gutes Licht auf unsere Außenpolitik, denn einen „besten Freund“ braucht es immer.

Dass die Kommunisten in China in den letzten Jahren nochmals die „Daumenschrauben“ im Lande selbst angezogen haben und weltweit nach Macht und Einfluss streben, ist eine Tatsache, deren Auswirkungen man noch nicht abschließend einschätzen kann.

In meinen Augen ist es vor diesem Hintergrund aber nicht zu verstehen, dass man einem **chinesischen Staatskonzern Eigentum an einem Containerterminal im Hamburger Hafen**

einräumen will. Auch hier entstehen doch letztlich wieder Abhängigkeiten, auf denen kein Segen ruhen dürfte.

Die aufgezählten Punkte sind allesamt keine guten Entwicklungen, aber irgendwie schienen sie in ihrer Gesamtheit doch weit genug weg und mit keinen einschneidenden Veränderungen für uns vor Ort verbunden zu sein.

Seien wir ehrlich: **Die meisten Menschen werden doch leider erst dann wach, wenn es unmittelbar an ihren eigenen Geldbeutel geht.**

Zuvor herrscht oftmals Gleichgültigkeit und Teilnahmslosigkeit vor.

Diese beiden Verhaltensweisen sind in meinen Augen als sehr problematisch zu bewerten und stellen eine große gesellschaftliche Herausforderung dar, denn **man weiß erst dann, was man hatte, wenn man etwas verloren hat.**

Im Umkehrschluss heißt dies für mich: **Wer sich nicht einbringt, nicht engagiert, der darf sich nicht beschweren, wenn etwas Gewohntes irgendwann nicht mehr da ist.**

Vor Jahresfrist hatte ich ganz bewusst darauf hingewiesen, wie wichtig gerade auch für uns Deutsche die Demokratie ist und dass sich jede(r) aufgefordert fühlen sollte, aktiv für Recht und Freiheit einzutreten.

Eine Demokratie lebt nur dann, wenn es genügend Demokraten gibt und wenn die politische Mitte stark ist.

In der Weimarer Republik war dies von 1919-1933 nicht der Fall, das Ergebnis ist bekannt ...

Es ist heute nicht meine Absicht schwarz zu malen.

Die Bundesrepublik ist natürlich keineswegs mit der instabilen Weimarer Republik zu vergleichen, die bereits von Anfang an von links und rechts zerrieben wurde.

Ich bin aber sehr wohl der Meinung, dass man **rechtzeitig wachrütteln** muss und dies gelingt oft am besten mit einer Extrembetrachtung.

Mit Verweis auf Bastian Schweinsteiger fehlt gegenwärtig auch hier vielen einfach das Feuer.

Eine Demokratie lebt auch nur dann – die Freien Wähler mögen es mir nachsehen – **wenn es in Bund, Land und Kommunen starke Parteien gibt**, denn ansonsten gibt es Zersplitterung und keine Verknüpfung der unterschiedlichen staatlichen Ebenen miteinander.

Nicht umsonst heißt es in Artikel 21 des Grundgesetzes **„Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“**

Nach meiner Wahrnehmung sind **nur noch wenige bereit, sich** aktiv für unsere Gesellschaft **zu engagieren.**

Überall – in den Vereinen, den Kirchengemeinden, den Parteien und der Kommunalpolitik – fehlen Frauen und Männer, die sich mit Hand und Hirn einbringen.

Gerade „die mittleren Jahrgänge“ werden hier zumeist schmerzlich vermisst.

Ausreden, sich nicht zu engagieren, gibt es viele, aber sind sie auch zutreffend?

Ja, in den Kirchen gäbe es ohne Zweifel vieles zu verbessern.

Ja, die Parteiendemokratie hat wahrlich schon bessere Zeiten erlebt.

Ja, auch Kommunalpolitiker müssen sich gegen ungerechtfertigte Angriffe wehren.

Ja, in vielen Vereinen fehlt manchmal einfach der Mut mit der Zeit zu gehen.

Ja, man hat privat und beruflich viel tun.

Das ist alles wahr. **Aber wer nur miesmacht und nicht mitmacht, nicht versucht von innen heraus zu reformieren und um Mehrheiten für seine Sichtweisen und Ideen zu werben, der verändert überhaupt nichts.**

Auch vorhergehende Generationen hatten viel zu tun, haben sich aber dennoch eingebracht – weil es ihnen wichtig war.

Und unangebrachter Kritik an unserer kommunalpolitischen Arbeit, die sich dann oftmals auch noch im Ton vergreift, **sollten wir zusammen entgentreten**, denn letztlich gilt sie unserer gemeinsamen Arbeit für diese Stadt.

Der berühmte und auch von mir bereits des Öfteren zitierte Satz des 1963 in Dallas ermordeten US-amerikanischen Präsidenten **John F. Kennedy (1917-1963)** **„Frage nicht, was dein Land für dich tun kann, frage was Du für dein Land tun kannst“** ist nach wie vor aktuell, wird aber leider von immer weniger Menschen gelebt.

Aber ich will nicht nur lamentieren. Ich will vielmehr ausdrücklich jenen herzlich danken, die sich in den unterschiedlichsten Bereichen einbringen und die Zukunft unserer Heimatstadt eben auch als ihre Aufgabe ansehen.

2024 wird die Stadt Neustadt (Hessen) in ihrer heutigen Gestalt fünfzig Jahre alt, jährt sich doch dann die Gebietsreform von 1974.

Wäre dies nicht ein guter Zeitpunkt, um einmal darzustellen, was wir in einem halben Jahrhundert für die Kernstadt und für die Stadtteile Mengersberg, Momberg und Speckswinkel erreicht haben und was wir in den nächsten zehn Jahren erreichen wollen?

Dabei gilt es dann auch zu fragen, mit Hilfe welcher Förderprogramme wir zukünftige Projekte angehen wollen.

2024/25 laufen sowohl das aktuelle Städtebauförderungsprogramm als auch das Dorfentwicklungsprogramm aus.

Als strukturell finanzschwache Kommune sind wir aber auch weiterhin auf Fördermittel angewiesen, um Großprojekte erfolgreich umsetzen zu können.

Im 1. Buch Mose lesen wir im 41. Kapitel vom **Traum des Pharaos** mit den **sieben fetten** und den **sieben mageren Jahren**.

In den vergangenen Jahren hatten wir zweifellos solche „fetten Jahre“ und wir haben sie effektiv für unsere Kommune genutzt. Die Ergebnisse sind im Stadtbild weithin sichtbar.

Seien Sie versichert, dass ich natürlich alles dafür tun werde, auch zukünftig über gute Fördermöglichkeiten für unsere Heimatstadt zu verfügen.

Aber wir können uns eben nicht sicher, dass es einfach so weitergeht. Es könnte auch einmal zu einer „Diät“ kommen.

Beispielsweise knüpft ein neues Städtebauförderungsprogramm grundsätzlich nicht an das vorherige an. Hier bedarf es dann schon besonderer Argumente und politischer Unterstützung. Ich komme hierauf nochmals zurück.

Darauf gilt es sich rechtzeitig einzustellen. Wir alle müssen dies bei unserem kommunalpolitischen Handeln bedenken.

Dennoch müssen wir uns natürlich weiterhin Ziele setzen und dürfen nicht bloß mit dem Erreichten zufrieden sein. Platt gesagt: Wer rastet, der rostet.

Vielleicht können wir dann eben für einen Zeitraum X nicht drei, vier große Projekte parallel umsetzen, sondern müssen uns auf zwei oder gar nur eines beschränken.

Lassen Sie mich diesen Gedanken mit einem Zitat eines anderen US-Präsidenten, **Franklin D. Roosevelt** (1882-1945), untermauern: **"Um einen Hafen zu erreichen, müssen wir segeln - segeln, nicht ankern - segeln, nicht treiben."**

Dabei ist es aber wichtig, dass die **Ziele, die wir uns setzen, realistisch** sind, denn ansonsten erreicht man gar nichts und Verwaltung, Bürgerschaft und Kommunalpolitik verlieren langsam aber sicher die Lust, sich zu engagieren und einzubringen.

Wir müssen uns – um ein wichtiges Thema der Zukunftswerkstatt „Neustadt 2030“ und abermals auch der „Herbstschule“ aufzugreifen – u. a. fragen, wie wir künftig in dieser, besser in unserer Stadt (zusammen)leben wollen.

Jung und Alt, Kernstadt und Stadtteile, Einheimische und Hinzugekommene, Migranten, Spätaussiedler und Flüchtlinge müssen ihr Zusammenleben gestalten.

Der vom Völkerapostel Paulus verfasste 1. Korintherbrief beinhaltet die Metapher der Gemeinde als Leib Christi (1 Kor 12, 12-31).

Ebenso wie der körperliche Leib viele unterschiedliche, zusammenwirkende Glieder hat, gibt es in einer Gemeinde unterschiedliche Personengruppen, die jedoch nur den einen Leib bilden, wenn sie ebenso kooperieren, führte Paulus darin aus und ermahnte die Gemeinde in Korinth mit dieser Metapher zu mehr Zusammenhalt.

Ist dies nicht auch heute noch ein zutreffendes Bild für eine Kommune, die aus vielen unterschiedlichen Gliedern bestehen mag, aber nur durch Zusammenhalt einen guten und in die Zukunftweisenden Weg gehen kann?

„**Wenn alle zusammen nach vorne schauen, kommt der Erfolg von selbst**“, hat der US-amerikanische Automobilpionier **Henry Ford (1863-1947)** einmal gesagt. Er hat recht.

Daher ist es wichtig, dass wir das in den letzten Jahren geknüpft **soziale Netz** aus Familienzentrum, Jugendarbeit, kommunaler Leitstelle „Älter werden“, Gemeinwesenarbeit, Quartiersmanagement, WIR-Projekt für Menschen aus Südosteuropa und der Zusammenarbeit mit dem Hessischen Diakoniezentrum HEPHATA und anderen **auch 2023 (und darüber hinaus) fortsetzen.**

Die Ausgaben hierfür, zumal in hohem Maße aus Zuschüssen finanziert, sind richtig und wichtig.

Hier wird **Rat** und **Hilfe** geboten, hier wird auch daran gearbeitet, die **soziale Schere nicht weiter auseinandergehen zu lassen.**

Da das **Quartiersmanagement Ende 2025 ausläuft** werden wir uns rechtzeitig überlegen müssen, ob und wie diese koordinierende und planende Arbeit fortgeführt werden soll.

Wenn man unsere bisherige Co-Finanzierung hierfür und den (vorgeschriebenen) Beitrag für die Servicestelle HEGISS nimmt, könnten wir uns wohl eine koordinierende Stelle im sozialen Bereich leisten.

Für die kommunale Leitstelle „Älter werden in Neustadt“ werden wir ab März 2023 eine Förderung aus dem **Europäischen Sozialfonds (ESF)** erhalten. Diese ist dann für weitere fünf Jahre gesichert und die Arbeit kann zudem inhaltlich erweitert werden.

Dies ist sehr positiv, denn die Leitstelle erfährt viel positive Resonanz.

Fördermitteln von 130.000 Euro steht ein Eigenanteil von 50.000 Euro entgegen.

Danke an Hans-Gerhard Gatzweiler für den diesbezüglichen Hinweis aus beruflicher Kenntnis.

Die Einwohnerschaft dieser Kommune ist schon lange kein homogenes Ganzes mehr, sondern sehr heterogen zusammengesetzt.

Aus diesem Grunde bekenne ich mich abermals klar und deutlich zu einer aktiven kommunalen Sozialpolitik.

Uns allen muss dabei aber klar sein, dass diese nicht umsonst zu haben sein wird, sondern dass wir hierfür auch eigene Mittel bereitstellen müssen.

Sozialpolitik ist im Übrigen auch die Unterstützung des Ehrenamtes vor Ort.

Im letzten Jahr haben wir die Vereinsförderung neugestaltet und die Fördersätze erhöht, die Vereine haben es dankbar angenommen.

Noch nie haben die Vereine so viel finanzielle Unterstützung durch die Kommune erfahren wie 2022.

Auch in Zukunft wollen wir hier ein zuverlässiger Partner sein und zudem wieder herausragende sportliche Leistungen und ehrenamtliche Aktivitäten ehren.

Dies könnte regelmäßig in zeitlicher Nähe zum 5. Mai, unserem **Stadtgeburtstag**, geschehen.

Diesen Tag wollen wir auch nach dem Ende des Jubiläumsjahres im kommenden März nämlich etwas stärker in den Blickpunkt rücken als in der Vergangenheit und wie könnte man das besser tun, als wenn man die ehrt, die sich für die Kommune engagieren bzw. den Namen Neustadt in die „sportliche Welt“ hinaustragen.

Seit 2015 ist **Neustadt** (Hessen) mit der ehemaligen Ernst-Moritz-Arndt-Kaserne **Standort** einer **Außenstelle der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete (HEAE)**.

Für eine kleine Kommune sind Flüchtlingszahlen von über 1.000 eine große Herausforderung und nur im Ausnahmefall, aber keinesfalls dauerhaft, zu stemmen.

Die einstmals festgelegte Belegungsgröße von 600 Geflüchteten sollte vom Land bald wieder angestrebt werden.

Die damit einhergehende Problematik kommt u. a. auch in **Beschwerden der direkten Anlieger oder der Gewerbetreibenden** zum Ausdruck.

Diese nehmen wir ernst und stehen darüber in ständigem Kontakt mit der Einrichtungsleitung, dem Regierungspräsidium Gießen und der Polizei.

Unser „Schutzmann vor Ort“ leistet hier wertvolle Arbeit, ist anerkannt und gut vernetzt.

Fehlverhalten und Straftaten schweigen wir nicht tot, sondern sprechen sie an.

Durch die HEAE haben sich für die Stadtentwicklung Neustadts neue Möglichkeiten ergeben, aber zumindest das subjektive Sicherheitsgefühl wurde nicht unerheblich in Mitleidenschaft gezogen.

Es ist nicht akzeptabel, wenn etliche Kinder oder Senioren nicht mehr alleine in den Bürgerpark oder zum Bahnhof gehen mögen.

Es ist nicht akzeptabel, wenn direkte Anwohner der HEAE in besonderer Weise Sorge vor Wohnungseinbrüchen haben müssen.

Hier ist das Land gefordert und sollte beispielsweise die personelle Besetzung der Polizeistation Stadtallendorf bald verbessern, um eine regelmäßig erhöhte Streifentätigkeit gewährleisten zu können.

Erfreulicherweise gibt es hier erste wahrnehmbare Signale für die zweite Jahreshilfe 2023.

Das **Neustadt (Hessen)** zudem als eine von nur sechs Kommunen in Hessen im neuen Programm „**KOMPASS Bahnhof**“ als **Modellkommune** aufgenommen wurde, ist natürlich zunächst einmal positiv zu bewerten. Nun wird es auf die inhaltliche Ausgestaltung ankommen.

Aber auch die Kommune muss sich nach Auffassung des Magistrates im Bereich „Sicherheit“ verstärkt engagieren.

Daher wollen wir 2023 im Rahmen der Sicherheitsinitiative **KOMPASS** neben regelmäßigen Gesprächen zur Prävention für die Bereiche Bürgerpark, Innenstadt und Bahnhof sowie bei Bedarf Freibad in Absprache mit der örtlichen Polizei **temporär einen Sicherheitsdienst einsetzen** und damit dem Beispiel anderer Kommunen folgen.

Hierfür sehen wir maximal 20.000 Euro vor.

Auch können wir uns vorstellen, **in relevanten Bereichen die Verbesserung der Gebäudesicherheit von Privaten zu unterstützen**. Die Kriterien bedürfen natürlich der Festlegung, bis **10.000 Euro** sehen wir hierfür vor.

Die Einwohnerinnen und Einwohner sollen dadurch erkennen, dass wir als Kommune ihre Sorgen und Kritik ernst nehmen, dass uns auch nicht alles gefällt, was sich um die HEAE herum ereignet.

Manche verdrängen in diesem Zusammenhang aber auch bewusst, dass monetäre Ausflüsse der Einrichtung seit 2015 direkt auf die Einwohnerschaft durchschlagen: Wenn wir aufgrund der hohen Belegungszahlen in der HEAE zusätzliche Schlüsselzuweisungen des Landes bekommen, dann profitiert hiervon nicht nur die Kommune selbst, sondern beispielsweise jeder einzelne Grundstückseigentümer.

In **Neustadt** beläuft sich die **Grundsteuer B nämlich seit 2015 „nur“ auf 365 Punkte**, im **Landesdurchschnitt** sind es aber heute bereits **494**.

Bei einem knapp zwanzig Jahre alten Einfamilienhaus mit knapp 150 qm Wohnfläche macht dies eine Differenz von fast 150 Euro aus.

2025 werden wir bekanntermaßen eine **Neuberechnung der Grundsteuer B** haben.

Für die Kommune werden sich die Einnahmen dabei nicht erhöhen, für manche Grundstückseigentümer wird es günstiger, für andere teurer werden.

Merke: es kann nicht nur Gewinner geben.

Natürlich vertrete ich trotzdem nach wie vor die Auffassung, dass das Land Neustadt (Hessen) als Standort einer Außenstelle der HEAE in besonderer Weise unterstützen muss.

An der Feststellung, dass wir einen Dienst für das gesamte Land erbringen und es daher gerechtfertigt ist, dass sich das Land vor Ort in besonderem Masse finanziell engagiert, hat sich nichts geändert.

Wichtig und sinnvoll wäre mir hier insbesondere die baldige Aufnahme in ein Programm der Städtebauförderung über 2025 hinaus.

Diesbezüglich stehe ich bereits gemeinsam mit weiteren Standortbürgermeistern in einem intensiven Austausch mit dem Land.

Hier ist m.E. gegenwärtig bei einigen in Wiesbaden leider noch nicht der klare Blick dafür vorhanden, was es bedeutet, wenn einer Kleinstadt auf etwa 6.500 Einwohner über 1.000 Geflüchtete kommen.

Der kürzlich verstorbene letzte Staatspräsident der 1991 untergegangenen Sowjetunion, **Michail S. Gorbatschow (1931-2022)**, hatte recht, wenn er einmal sagte, „**dass man die Demokratie brauche, wie die Luft zum Atmen**“.

Was für ein großer Satz von einem Mann, der zunächst einem diktatorischen System diene und dem wir Deutsche dann die Einheit unseres Vaterlandes zu verdanken haben.

Diese Luft zum Atmen wird nun selbst in Teilen Europas dünner.

Nicht alles, was etwa in Demokratien wie in **Ungarn** oder **Polen** geschieht, kann uns gefallen.

Die Teilung der drei Gewalten – Legislative, Exekutive und Judikative – und die Freiheit der Presse sind hohe Güter, die für eine funktionierende Demokratie lebensnotwendig sind.

In den beiden genannten Ländern ist man versucht, die Gewaltenteilung im Sinne der Regierenden umzugestalten, was aber nicht hinnehmbar ist, denn **Regierung braucht Kontrolle.**

Hier muss man klar, aber auch nicht als „Besserwisser“ auftreten, denn diese Länder haben ihre eigene Geschichte, die man bei der Bewertung der aktuellen Vorgänge nicht außer Acht lassen darf.

Es liegt an uns allen, dass wir in Deutschland – sinnbildlich gesprochen – keine Atemprobleme bekommen und es liegt an den Regierenden in den Ländern der EU und der NATO, gemeinsam entschlossen für die Freiheit der Völker in Europa einzutreten.

Freiheit war das große Thema, das die Präsidentschaft von Joachim Gauck durchzog.

Dies war sicher im persönlichen Leben und Erleben des Pfarrers und Bürgerrechtlers in zwei Diktaturen geprägt.

Von ihm stammt das Wort: „**Freiheit ist immer Freiheit für etwas und zu etwas. Die Freiheit der Erwachsenen bedeutet Verantwortung.**“

Lassen Sie mich diese Vorlage aufgreifen und nochmals betonen: **Wir alle haben Verantwortung für unser Gemeinwesen und damit auch für die Weiterentwicklung dieser Kommune.**

Seit über 70 Jahren galt in Europa ein Leitgedanke: Die Herrschaft der Stärke des Rechts vor dem Recht des Stärkeren.

Seit dem Ende des II. Weltkrieges war allen Politikern klar, dass **Gewalt kein Mittel der Politik** sein darf.

Im „**Kalten Krieg**“ wurde zwar immer wieder einmal mit dem Säbel gerasselt und mit Raketen gedroht, aber Ost wie West waren klug genug zu wissen, wo die rote Linie verläuft, die nicht überschritten werden darf.

Der Überfall Russlands auf die Ukraine im 24. Februar 2022 markiert damit eine Zeitenwende für Europa, aber auch für die Friedensordnung auf unserem Kontinent.

Er stellt einen eklatanten Bruch des Völkerrechts dar.

„**Krieg in Europa ist wieder möglich**“ – ein Satz der für meine Generation und unsere Kinder so weit weg schien und leider heute doch so wahr ist.

Ausgesprochen wurde er vor wenigen Wochen von **General Carsten Breuer**.

Der **Befehlshaber des Territorialen Führungskommandos der Bundeswehr** warnte weiter davor, die nuklearen Drohungen aus Russland zu unterschätzen.

„**Unsere Lebensweise, unsere Werte, unsere gesamte Gesellschaft sind bedroht.** Wenn wir nicht alles aufgeben wollen, müssen wir diese Drohungen sehr ernst nehmen. Aber **wir müssen einen kühlen Kopf bewahren und besonnen sein, Hysterie ist ein schlechter Ratgeber**“, so General Breuer weiter.

Es gebe eine neue Sicherheitslage nach dem Angriff Putins auf die Ukraine. Jedes Umspannwerk, jedes Kraftwerk, jede Pipeline könne Ziel von Anschlägen sein.

Dies ist die Situation vor der wir in Deutschland stehen und der wir uns stellen müssen und zwar auf jeder staatlichen Ebene.

Wir dürfen dabei aber weder in Panik und Aktionismus verfallen, noch in bloßer Sorglosigkeit verbleiben.

Wenn wir nun in diesen Wochen feststellen müssen, dass es in Sachen **Energieversorgung** und **Katastrophenschutz** auf allen staatlichen Ebenen **Nachholbedarf** gibt, dann ist dies eine Tatsache, der wir uns einfach stellen müssen.

Zumindest seit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ hat in Europa kaum noch einer an die Aufrechterhaltung des Katastrophenschutzes gedacht.

Fühlten wir uns doch von Freunden oder zumindest Partnern umgeben und waren uns sicher, dass von diesen keine Gefahren für Deutschland ausgehen.

Über die Gründe, die dazu geführt haben, dass wir **uns allzu sehr von russischem Gas abhängig** gemacht haben, dass es in weiten Teilen nur eine unzureichende Notstromversorgung gibt oder dass der Ausbau alternativer Energiequellen einfach zu

langsam vorankommt, könnte man jetzt lange diskutieren und nach den Verantwortlichen suchen.

Aber was ändert sich, was verbessert sich dadurch kurzfristig? Nichts!

„Denken wir nicht in Problemen, denken wir in Lösungen“ – dieser Satz des großen Dichters Johann Wolfgang von Goethe passt auch hier hervorragend.

Jetzt gilt es zu handeln. Schritt für Schritt und mit Vernunft.

Und sind wir ehrlich – zu uns und vor allem zur Bürgerschaft.

Versprechen wir nichts, was wir nicht halten können und verweisen wir darauf, dass auch jeder Einzelne Verantwortung für sich und seine Familie trägt.

Einer „Vollkasko-Mentalität“ nach dem Motto „Vater Staat wird es schon richten. Wir lassen mal alles auf uns zukommen“ müssen wir auf allen Ebenen entgegentreten.

Unsere Freiwillige Feuerwehren wären im Bedarfsfall einsatzbereit. Die Verantwortlichen geben hier mit Bedacht und Konzept vor.

Die kommunale Wasserversorgung kann auch bei Stromausfall für die Stadtteile Mengersberg, Momberg und Speckswinkel für einen gewissen Zeitraum aufrechterhalten werden.

Bezüglich der Kernstadt liegt die Verantwortung hierfür beim Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke.

Die Verwaltung würde mit einem Krisenstab gemeinsam mit dem Landkreis die nötigen Entscheidungen treffen und an die Bevölkerung kommunizieren können.

Wir dürfen aber nicht verkennen, dass weitere Anstrengungen notwendig sind, um eben noch besser aufgestellt zu sein.

Lassen Sie uns daher weiter Vorsorge treffen und zugleich aber gemeinsam hoffen, dass wir nicht darauf zurückgreifen müssen.

Wir haben noch im Herbst 2022 **zwei Notstromaggregate und eine mobile Kleintankstelle** bestellt und hierfür, da die Lieferung erst in Kürze erfolgt, im Haushalt 2023 rund 40.000 Euro vorgesehen.

Zudem werden wir in die **Notstromversorgung des Bettenplatzes 50**, der im DGH Momberg untergebracht ist, insgesamt **25.000 Euro** investieren – 20.000 für das Aggregat und 5.000 für die entsprechenden Leitungen und Anschlüsse.

Sollte es in den kommenden Wochen und Monaten dann aber doch nicht zu einer krisenhaften Situation kommen, waren diese Anstrengungen dennoch nicht umsonst.

Es ist nämlich besser Vorsorge zu treffen, als im Bedarfsfall völlig unvorbereitet zu sein.

Unsere Freiwilligen Feuerwehren sind aber nicht nur für einen solchen Extremfall gut aufgestellt, sondern auch für den Alltag.

Auch in finanziell schwierigen Zeiten haben wir hier den „Rotstift“ aus Überzeugung nicht angesetzt. Das macht sich heute positiv bemerkbar.

Den Dreiklang „gute Ausbildung, Unterbringung und Ausrüstung“ haben wir als Magistrat stets im Blick.

Im Gegenzug handeln aber auch die Verantwortlichen der Wehren stets mit Augenmaß und dem notwendigen Realitätssinn. Alljährlich stimmen wir uns in großer Runde ab und bringen Notwendiges auf den Weg.

In Kürze werden Sie den neuen Bedarfs- und Entwicklungsplan für die Freiwilligen Feuerwehren zu beschließen haben.

Im Bereich der Ausrüstung erhält die Freiwillige Feuerwehr **Speckswinkel** bald **ihr neues Fahrzeug** (140.000Euro/90.000 Zuschuss) und auch die **Ersatzbeschaffung für die Kernstadt** (aktuelle Schätzung zumindest 500.000 Euro) wurde im September 2022 beim Land beantragt und dürfte aller Voraussicht nach 2025 ausgeliefert werden.

Die Bezuschussung von Feuerwehrfahrzeugen durch das Land ist in meinen Augen viel zu gering.

Wenn ein Fahrzeug beispielsweise fast eine halbe Million Euro kostet und es hierfür keine 20 Prozent Zuschuss aus Wiesbaden gibt, dann ist dies zu wenig.

Zahlreichere kleinere Anschaffungen, wie etwa **Helme oder Ersatzbeschaffungen bei den Atemschutzgeräten**, finden sich natürlich ebenfalls regelmäßig im Haushalt wieder.

Im Bereich der Ausbildung finanzieren wir wieder **Lehrgänge und Führerscheine**, denn was nutzen uns moderne Fahrzeuge, wenn sie nur wenige fahren können.

Und auch die Arbeit der **Kinder- und Jugendfeuerwehren** findet unsere Unterstützung, denn Nachwachsgewinnung ist unverzichtbar.

Nachdem im Herbst der **Technische Prüfdienst** vor Ort war, gibt es **in Bezug auf die Unterbringung durchaus Handlungsbedarf**, denn im Laufe der Zeit ändern sich viele Vorschriften.

Darüber, ob dies immer sinnvoll ist, will ich mich an dieser Stelle nicht auslassen, denn auf Dauer zöge ich den Kürzeren und ohne Einhaltung der Vorschriften gibt es letztlich keine Zuschüsse – wobei ich diese auch bezüglich der Unterbringung der Wehren und ihrer Fahrzeuge als zu gering ansehe.

Die Wehr in **Momberg** ist hier **gut aufgestellt**, hier wären wir vor etwa zehn Jahren tätig.

In Speckswinkel geht der Umbau im Untergeschoss des „Zollhofes“ bald zu Ende und berücksichtigt dann heutige Anforderungen.

In **Mengsberg** muss aufgrund der von der Unfallkasse vorgeschriebenen schwarz-weiß Trennung nachgebessert und zusätzliche Fläche – wohl durch eine Fertigarage und weitere Umbauarbeiten - geschaffen werden. Hierfür sehen wir bis zu 30.000 Euro vor.

Wir haben aber auch ein „Sorgenkind“: das **Feuerwehrhaus in Neustadt** wurde 1982 erbaut. Dass, was damals modern war, erfüllt heute bei weitem nicht mehr die Anforderungen.

Nicht nur die sanitären Anlagen sind in die Jahre gekommen, es fehlt einfach auch an Platz für Mensch, Material und Fahrzeuge.

Ursprünglich war angedacht, 2023 das Dach des Gebäudes – geschätzt 140.000 Euro - **zu erneuern und dann mit einer PV-Anlage zu belegen.**

Seitens der Wehr wurde bei unserem jährlichen Meinungsaustausch angeregt, in diesem Zuge das Dachgeschoss aufzustocken, aber auch diese Maßnahme für sich alleine würde nicht ausreichen, um das Gebäude (einigermaßen) zukunftsfähig zu machen.

Wir wollen die Causa „Zukunft des Feuerwehrhauses Neustadt“ ausführlich und in Ruhe prüfen und befinden uns hier bereits in einem Abstimmungsprozess mit einem Architekten und der Wehrführung. Wir werden hier auch noch die Unfallkasse miteinbeziehen.

Veränderungen bei Bestandsgebäuden sind oftmals nicht einfach, werden vielfach teurer als geplant und können aufgrund nicht veränderbarer Gegebenheiten trotzdem manchmal nicht alle Erwartungen erfüllen.

Daher wollen wir hier **keinen Schnellschuss wagen**, sondern geordnet vorgehen.

Es spricht aus heutiger Sicht trotz der gerade geschilderten Bedenken einiges dafür, mit dem vorhandenen Gebäude zu planen, denn ein Neubau – Finanzvolumen 3 Mio. Euro aufwärts, Förderung 300.000 Mio. Euro abwärts – **erscheint gegenwärtig „irgendwie“ nur schwer darstellbar** zu sein. Zudem verfügen wir über kein geeignetes Grundstück. Es sei denn, wir nähmen den Festplatz ins Visier.

Eines ist allerdings bereits gewiss: Hier kommt ein „ordentliches Sümmchen“ auf uns zu und mit Förderung ist bei einer Sanierung eher nicht zu rechnen. Was nicht heißt, dass wir nicht dennoch anklopfen.

PV-Anlagen auf kommunalen Gebäuden wollen wir 2023/24 natürlich dennoch umsetzen und diese auf den Dächern des DGH Momberg, des Feuerwehrhauses Momberg, des Kindergartens Momberg (in Absprache mit dem Eigentümer Landkreis), des „Zollhofs“, der KiTa „Sonnenschein“ und des Anbaus beim Historisches Rathaus errichten und dann selbst betreiben.

Wir reden hier von einem Invest in Höhe von bis zu 300.000 Euro und einem wichtigen kommunalen Beitrag zum Klimaschutz.

Mit diesem Vorgehen greifen wir zudem einen Punkt aus dem gemeinsam mit der EAM erarbeiteten „Energiewendepapier“ auf.

Wir sehen alle Anlagen mit einem Speicher vor, damit man eine effektive Nutzung der gewonnenen Energie erreicht.

Zunächst wollen wir 2023 PV-Anlagen auf den Dächern des DGH, des Kindergartens Momberg und des Zollhofes errichten und planen hierfür **175.000 Euro** ein.

Zur Finanzierung verwenden wir hier Mittel in Höhe von **170.000 Euro** aus dem **Kreisentwicklungsfonds**.

Die Dächer des Feuerwehrhauses Momberg und der KiTa „Sonnenschein“ haben **Stehfalzdächer**. Hier bedarf es noch weitergehender Prüfungen, da es bei der KiTa in der Allee zwischenzeitlich Schäden am Stehfalzdach gibt und diese wohl auf die Montage der dort vorhandenen PV-Anlage zurückzuführen sind. Hier bedarf es zunächst der Klarheit.

In der mittelfristigen Finanzplanung sehen wir aber für 2024 bereits weitere 125.000 Euro für PV-Anlage vor.

Selbst wenn es im **Haushaltsjahr 2024 „knapper“** werden sollte und wir dann möglicherweise **Prioritäten** bei den Ausgaben setzen müssten, sollten wir uns diese Ausgabe leisten, denn sie weist in die Zukunft.

Im Übrigen gilt es zu schauen, ob noch weitere Dächer kommunaler Gebäude für eine PV-Nutzung in Betracht kommen.

Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich feststelle, dass sich die Konjunktur in Deutschland in den letzten Monaten kräftig abgekühlt hat und dass sich diese Entwicklung 2023 noch verstärken dürfte.

Corona, Ukraine-Krieg, hohe Inflation und negatives Wachstum lauten hier die Stichworte, die übrigens allesamt im Haushaltsvorbericht näher erläutert werden.

Dazu kommt dann noch der **Fachkräftemangel und Lieferschwierigkeiten** – eine insgesamt ungute Mischung.

Dass es trotz dieser negativen Punkte zu **Rekordsteuereinnahmen von Bund, Länder und Kommunen kommt**, hängt vor allem mit den **immensen Mehreinnahmen des Staates bei der Mehrwertsteuer** aufgrund einer Inflation von fast zehn Prozent zusammen.

In meinen (privaten) Augen wäre hier übrigens eine Möglichkeit, durch eine Absenkung der Mehrwertsteuer die Menschen rasch und effektiv zu entlasten.

In der Folge sieht auch die Einnahmeseite der Kommune 2023 gar nicht einmal schlecht aus. Dies ist aber auch nötig, um die in vielen Bereichen gestiegenen Ausgaben auffangen zu können.

Eines dürfen wir aber nicht verkennen: auch wenn wir mehr Geld in der Kasse haben, ist es aufgrund der Inflation leider weniger wert.

Auch ein **Blick auf die Zinsentwicklung lohnt sich**, die Zeit der Strafzinsen ist vorbei, aber die Niedrigzinsphase war gestern. **Zinsen von fast 4 % für die Aufnahme von Kommunalkrediten** sind inzwischen wieder die Regel.

Eingangs hatte ich davon gesprochen, dass sich Unwetter im Großen letztlich bis hin zu unserem kleinen Segler „Neustadt“ auswirken.

Wir können vor diesem Hintergrund sehr dankbar sein, dass wir die Großprojekte der letzten Jahre – Kultur- und Bürgerzentrum, Freibad, Hallenbad, Bürgerpark, Anbau KiGa „Arche Noah“ Momberg, Anbau KiTA „Regenbogen“, Kunstrasenplatz, Schlossplatz, multifunktionales Haus Momberg, Fassadensanierung „Haus der Vereine“ und Umbau Zollhof Speckswinkel – mit einem Investitionsvolumen von rund 14,8 Mio. Euro ohne eine Kreditaufnahme und weitestgehend entsprechend des jeweiligen Bauzeitenplanes zwischenzeitlich fast vollständig umgesetzt haben.

Dies ist eine äußerst beeindruckende Leistung, zu der viele beigetragen haben und die heute finanziell so nicht mehr umsetzbar wäre.

Wir können stolz darauf sein, dass wir dank eines aktiven Fördermanagements unsere Kommune damit entscheidend vorangebracht haben.

Andere Städte und Gemeinden blicken schon ein wenig neidisch hierauf.

Nun ist die Kostenentwicklung im Baubereich leider eine andere und auch wir merken die Preissteigerungen und müssen diese im Haushalt 2023 bei zahlreichen Projekten berücksichtigen.

Manches kann man zeitlich nach hinten schieben, anderes aber nicht.

Dies geht dann beispielsweise nicht, wenn man in Förderprogrammen wie dem Dorfentwicklungsprogramm ist, die – jedenfalls bisher – trotz Corona und der wirtschaftlichen Lage aufgrund des Ukraine-Krieges nicht verlängert werden.

Die „**größten Brocken**“ sind hier zum einen das „**Haus für alle**“ im Stadtteil **Mengsberg**, wo wir momentan von Bruttobaukosten von rund 2,2 Mio. Euro ausgehen müssen.

Ausgangsbasis einschließlich Möblierung waren einmal 1,4 Mio. Euro.

Wir rechnen hier mit Zuschüssen von 1,35 Mio. Euro. Auf dieser Basis können wir das Vorhaben trotz der Mehrkosten noch verantwortbar schultern.

Dass diese Mittel tatsächlich fließen ist ein kleines Wunder!

Wir mussten in der Rekordzeit von fünf Monaten zunächst den Bauantrag erarbeiten und dann noch eine Baugenehmigung erlangen, denn nur bei einer Bewilligung im Jahre 2022 gab es noch 90 % Zuschuss, statt ansonsten „nur“ 75%.

Immerhin in unserem Fall ein Unterschied von 225.000 Euro.

Herzlichen Dank den Planern, dem Kreisbauamt und der Verwaltung für diese tolle Leistung.

Dann mussten die Mittel am Jahresende auch noch „aufgetrieben“ werden.

Mein Dank gilt hier dem Fachdienst Kreisentwicklung, namentlich Frau Söhlke, für den hierbei gezeigten Einsatz.

Glück hatten wir im Übrigen auch bezüglich unseres Förderantrages für die **Neugestaltung des Teichumfeldes in Speckswinkel**. Hier wurden uns 50.000 Euro bewilligt.

Insgesamt habe wir als Kommune bisher über 2,1 Mio. Euro aus dem Dorfentwicklungsprogramm bewilligt bekommen.

Das ist ein großer Erfolg und sucht hessenweit seines Gleichen.

Dazukommen dann noch etliche **Privatvorhaben**, die mit rund **250.000 Euro** gefördert wurden.

Für unsere Stadtteile hat sich das Dorfentwicklungsprogramm gelohnt.

2023 hätten wir im Übrigen nach der neuesten Entwicklung nicht einmal mehr 75 % für das Gemeinschaftshaus in Mengsberg bekommen und Speckswinkel wäre wohl komplett leer ausgegangen, denn das Land stellt seine Förderpraxis zum Jahreswechsel um und gewährt einem Förderschwerpunkt insgesamt nur noch 1,5 Mio. Euro Fördermittel für kommunale Maßnahmen.

Da liegen wir wie ausgeführt deutlich drüber.

Auch wenn wir von dieser gravierenden Änderung nicht mehr nennenswert betroffen sind, halte ich es dennoch für ein Unding, dass das Land einfach seine Förderbedingungen mitten in einer laufenden Fördermaßnahme ändert. Dies ist für mich ein Vertrauensbruch.

Man will nun die Mittel pro Förderschwerpunkt deckeln. Damit wird der bestraft, der aktiv ist und viele Projekte umsetzt.

Zum anderen ist es der kommunale Straßenbau.

Für die 2022 begonnenen grundhaften Sanierungsarbeiten im Bereich der **Goethestraße, Karl-Braun-Straße und Justus-Liebig-Straße** hatten wir vor Jahresfrist mit rund 1,8 Mio. kalkuliert und waren sehr froh, dass wir den Auftrag für etwa 1,3 Mio. Euro vergeben konnten.

Diese „Reserve“ wird aber nun doch nicht unserer Rücklage zufließen können, sondern durch Mehrkosten aufgrund der aktuellen Entwicklung fast vollständig aufgezehrt.

In **Mengsberg** stehen ab 2023 endlich grundhafte Sanierungsarbeiten im Bereich **„Zum Engelhain“ und „An den Schuleichen“** an. Hier werden die Bruttobaukosten auch aufgrund von notwendigen Planänderungen aufgrund Vorgaben des Fördergebers von etwa **1,1 Mio. Euro auf rund 1,7 Mio. Euro** ansteigen und für den Gehweg im Bereich **Bahnhofstraße/Kasseler Straße** rechnen wir mit **Mehrausgaben von ca. 170.000 Euro** gegenüber dem ursprünglichen Ansatz.

Da es hier jeweils Zahlungen der Grundstückseigentümer aufgrund Wiederkehrende Straßenbeiträge und Förderung nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz gibt, verbleiben bei der Kommune Mehrkosten „nur“ Mehrkosten von rund 60.000 Euro.

Lassen Sie mich ihr Augenmerk aber auch darauf richten, dass die Kommune nicht nur im Finanzhaushalt rund 30 % der Kosten für die grundhafte Sanierung von Straßen trägt, sondern dass im **Ergebnishaushalt** nochmals **rund 95.000 Euro für die Zahlung von Wiederkehrenden Straßenbeiträgen für kommunale Grundstücke angesetzt** sind.

Wer die mittelfristige Finanzplanung betrachtet, der stellt fest, dass wir sowohl bei der grundhaften Straßensanierung als auch bei den anstehenden Erschließungsmaßnahmen Veränderungen im Zeitrahmen vorgenommen haben.

Dies hat mehrere Gründe: Die beiden Straßen in Mengsberg und die Baumaßnahme im Bereich der B 454 in der Kernstadt hätten schon 2022 beginnen sollen, allerdings fehlte der Förderbescheid aufgrund von Umstellungen bei Hessen Mobil, so dass wir nicht starten konnten.

Die Zahl der zu betreuenden Straßen muss für unsere Verwaltung auch händelbar sein.

Goethe-, Karl-Braun- und Justus-Liebig-Straße müssen 2023 noch fertiggestellt werden und zwei weitere große Maßnahmen in der Kernstadt und in Mengsberg sollen starten. Das reicht.

Die hohen Baukosten belasten die Kommune, vor allem Dingen aber die Anlieger. Insbesondere gilt dies für Erschließungsmaßnahmen, wo keine wiederkehrenden Beiträge erhoben werden und die betroffenen Anlieger 90 % der Kosten tragen müssen. Wir hoffen hier mittelfristig auf eine Normalisierung der Preise auf dem Bausektor.

Daher sollten wir von unseren Prioritätenlisten abweichen und pragmatisch handeln. Anlieger, die in „Neubaugebieten“ zum größten Teil auch noch ihre Häuser finanzieren müssen, werden uns dankbar sein, wenn nicht alles auf einmal auf sie zukommt.

In der Folge werden wir zur Information der Grundstückseigentümer natürlich die geänderten Prioritätenlisten veröffentlichen müssen.

Herausfordernd – da brauchen wir nicht drum herum zu reden – wird die Veranlagung der für 2025 vorgesehenen Fertigstellung der Erschließungsanlagen Carl-Bantzer-Weg und Talstraße. Da sind nämlich z. T. Vorausleistungsbescheide vor über dreißig Jahren versandt worden und auf die vorhandene Deckschicht kann nun u. a. aufgrund von Verschleiß möglicherweise nicht mehr fachgerecht aufgebaut werden.

Hier wird es darauf ankommen, faire Lösungen zu finden, die Anliegern und Kommune gerecht werden.

Aber auch bei anderen Ansätzen – etwa der **Entsäuerungsanlage für den Momberger Brunnen** – spielen die Preise verrückt. Statt 100.000 Euro fallen hier möglicherweise Kosten von bis zu **200.000 Euro** an. Salopp gesagt ist diese Entwicklung Wahnsinn.

Und für den **Hochbehälter in Speckswinkel** hält das Planungsbüro nun Ausgaben von **1 Mio. Euro** statt bisher rund 500.000 Euro aufgrund vergleichbarer aktueller Baumaßnahmen durchaus für realistisch.

Auf diese Entwicklungen haben wir – tränenden Auges – natürlich reagiert und Anpassungen bei den Ansätzen vorgenommen.

Die investiven Maßnahmen im Bereich grundlegende Straßensanierung, Erschließung und Wasserversorgung werden zum überwiegenden Teil durch Beiträge der Grundstückseigentümer finanziert.

Dies veranlasst uns als Kommune natürlich zu einer besonderen Sensibilität, denn jedes dieser Projekte belastet nicht nur die Stadtkasse, sondern insbesondere auch private Geldbeutel.

Es steht außer Zweifel, dass Investitionen in Infrastruktur sein müssen, es gilt aber - wie oben bereits festgestellt - im Einzelfall den zeitlichen Rahmen und die jeweils vorgesehene Ausführung zu hinterfragen.

Dies tun wir beispielsweise gegenwärtig bei der Wasserversorgung Speckswinkel.

Wir werden hier zu schauen haben, ob nicht doch ein Anschluss an den Momberger Brunnen sinnvoller sein oder ob das Projekt nicht zeitlich noch einmal geschoben werden könnte.

Wobei wir natürlich bei keinem Vorhaben die Gewissheit haben, dass es in einigen Jahren tatsächlich günstiger ist.

Klar ist aber auch, dass die Speckswinkler Grundstückseigentümer – wie zuvor jene in Momberg und Mengersberg- entsprechend dem Kommunalen Abgabengesetz und der örtlichen Satzung zur (Mit-)Finanzierung herangezogen werden müssen.

Wir können nicht in der Vergangenheit zwei Hochbehälter von den jeweiligen Nutzern finanzieren lassen und beim dritten eine Ausnahme machen.

Um dies satzungsrechtlich abzusichern, werden wir für einen gewissen Zeitraum auch unterschiedliche Wassergebühren in den drei Stadtteilen haben.

Diese sind kalkuliert und nicht politisch vorgegeben. „Politische Preise“ sollten der Vergangenheit angehören.

„Viel getan, aber sicher noch einiges zu tun.“ so muss unser Motto für die kommenden Jahre lauten.

Allerdings ist die **Ausgangslage nun** – wie bereits ausgeführt - **eine andere.**

Die **Preise steigen zum Teil deutlich** an, manchmal **gibt** überhaupt **keine Firma ein Angebot ab.**

Entwicklungen, die ich in der Vergangenheit mehrfach in meinen Haushaltsreden andeutete, die wir aber erst jetzt wohl in voller Stärke zu spüren bekommen werden.

Dazu kommt, dass die **Fördertöpfe** bei Bund und Land **sind nicht mehr so gut gefüllt** wie in der Vergangenheit.

Ein Beispiel nur: Bei der Städtebauförderung hatten wir rund 750.000 Euro für 2023 beantragt, uns wurden aber kürzlich nur 270.000 Euro bewilligt, allerdings beträgt unsere Ko-Finanzierung nur 10 % statt ursprünglicher angenommener 25 %.

Dennoch fehlt dann natürlich Geld.

Nur durch – sagen wir einmal - „gute Kontakte“ nach Wiesbaden war es möglich, weitere knapp 250.000 Euro zu erhalten. Mittel, die andere Kommunen zurückgegeben haben.

Wenn wir 2023 dennoch Erhöhungen aufgrund angepasster Planungen und Preissteigerungen bei der **umfassenden Sanierung des „Waldstadions“** auffangen und die **Neugestaltung des Parkplatzes beim Kultur- und Bürgerzentrums mit der Schaffung von zusätzlichen Lagermöglichkeiten** und die **Umgestaltung des Parkplatzes in der Kreuzgasse** angehen können, dann hängt dies damit zusammen, dass wir beim KuBüZ noch Mittel „übrig“ haben.

Wir konnten hier nämlich– was bei der Beantragung der Fördermittel so noch nicht klar war – zu großen Teilen den Vorsteuerabzug geltend machen, da nach Anerkennung durch das Finanzamt ein sogenannter wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb vorliegt.

Zumindest den Parkplatz Kreuzgasse wollten wir schon in diesem Jahr angehen, aber krankheitsbedingte Ausfälle ließen nur die Planung, aber noch nicht die Umsetzung zu.

Gut, dass wir im Fachbereich II nun breiter aufgestellt sind.

Es ist schon eine enorme Leistung, was von dort aus in den letzten Jahren gemeinsam mit Planungsbüros auf den Weg gebracht wurde.

Nach zahlreichen Neubauten und grundhaften Sanierungen verbunden mit Attraktivierungen werden wir jetzt den Blick verstärkt auf die reine Unterhaltung unserer Gebäude legen müssen.

2022 konnten wir die **Fassade des „Hauses der Vereine“** sanieren und blieben, bei Fachwerkbauten eher die Ausnahme als die Regel, im Kostenrahmen.

2023 sollen die **Fassade des Historischen Archivs** und (endlich) die **Trauerhalle in Momberg** folgen. Bei diesen beiden Projekten haben wir die **Kostenschätzungen** aus 2019f. natürlich überarbeiten lassen und die Haushaltsmittel entsprechend **angepasst**.

Bei der **Trauerhalle in Mengersberg** sind wir **noch unschlüssig über das weitere Vorgehen** und sehen hier auch aufgrund von vorliegenden Kostenschätzungen – die bisher angedachte Lösung würde über 360.000 Euro kosten - Gesprächsbedarf.

Der Haushaltsplan enthält für 2023 daher zunächst einmal lediglich Planungskosten.

Frühestens für 2024 sehen wir Mittel für das Projekt vor und bitten die etatisierte Summe von 260.000 Euro lediglich als „Platzhalter“ zu verstehen. Hierfür könnte die Trauerhalle saniert und gegenüber eine Pergola als Wetterschutz errichtet werden.

Beim KuBüZ gewinnen wir aufgrund vermehrter Nutzungen immer mehr an Erfahrung.

Wir sehen die **recht hohen Unterhaltungskosten**, wissen aber, dass diese aus einer Vielzahl von Vorschriften heraus **alternativlos** sind.

Ähnlich ist es auch beim Freibad. Die dortigen **farbenfrohen Grünanlagen** werden von allen gelobt, ziehen allerdings erheblichen Pflegeaufwand nach sich. Hierzu bedarf es Fachkenntnisse, die auf unserem Bauhof nicht vorhanden sind. Daher haben wir **10.000 €** eingestellt. In diesem Ansatz ist aber nicht nur die Menpower enthalten, sondern u.a. auch der Dünger. Wir sind aber bestrebt, hier noch Einsparungen vornehmen zu können.

Wir freuen uns darüber, dass im KuBüZ zunehmend Veranstaltungen durchgeführt werden, müssen diese aber auch immer mit der Volkshochschule -der Landkreis hat Bau und Einrichtung finanziell unterstützt - und den Trainingswünschen der Karnevalsgarden unter einen Hut bringen.

Hierbei muss aber allen klar sein, dass die gewerbliche Nutzung sowie die VHS grundsätzlich Vorrang haben und wir hier eine gewisse Flexibilität aller brauchen.

Gerade unseren **Vereinen** lassen wir durch **kostenlose Trainingszeiten** ab September bis zum Karneval eine **große Unterstützung** zu Teil werden.

Sie müssen aber eben manchmal auch kurzfristig auf andere Räumlichkeiten ausweichen. Darüber sollte man dann nicht Murren, sondern das große Entgegenkommen der Kommune sehen.

Nach meinem Dafürhalten sollten die beiden Säle des katholischen Pfarrheims bei einem zukünftigen Raumnutzungskonzept für die Kernstadt miteinbezogen werden.

Die Auslastung dürfte hier eher gering sein und dadurch, dass der Saal des Historischen Rathaus aufgrund des Coworking-Space im Obergeschoss nun als Trausaal dient und wir im Gemeinschaftsraum des „Haus der Vereine“ zunächst für ein Jahr „Kultur & Café“ erproben, brauchen wir dann und wann Ausweichräume.

Im „Haus der Vereine“ selbst stellen wir im I. Obergeschoss einen (Ersatz-) Gemeinschaftsraum zur Verfügung, den ehemaligen Raum des leider aufgelösten Männergesangsvereins.

Der Personaleinsatz für das KuBüZ ist aufgrund der guten Auslastung recht hoch und wäre ohne unsere beiden geringfügig Beschäftigten nicht zu leisten.

Mein Dank gilt dem **Team unserer Hausmeister** für seinen Einsatz, oftmals am Abend und den Wochenenden, und die Bereitschaft zur Weiterbildung.

Wenn wir mehr Veranstaltungen auswärtiger Anbieter im KuBüZ wollen, dann müssen wir im Umkehrschluss das Servicepersonal erhöhen.

Im KuBüZ finden bereits etliche Familienfeiern statt, wobei der Anteil auswärtiger Nutzer verhältnismäßig hoch ist. Diese finden die Kosten günstig und das Gebäude toll.

Ansichten, die sich vor Ort noch weiterverbreiten müssen.

Unser Ziel ist es, gemeinsam mit dem Fachbereich II und den Hausmeistern ein **modernes Gebäudemanagementsystem** aufzubauen. Daran arbeiten wir mit der EAM im Rahmen des Projekts „Energiewendebegleiter“ und beziehen auch „Klimahandeln im Ostkreis“, unser Klimaschutzmanagement, aktiv mit ein.

Gegenwärtig gehen wir davon aus, dass wir die im kommenden Jahr vorgesehenen Investitionen ohne Kreditaufnahme schultern können, gewiss dürfen wir uns hier aber nicht sein.

Die Unwägbarkeiten im Laufe eines Jahres sind einfach zu groß und die Realität kann die Planung schnell über den Haufen werfen.

Im zu Ende gehenden Haushaltsjahr 2022 sind wir - wie bereits ausgeführt - nach heutigem Stand **von allzu großen Verwerfungen verschont geblieben.**

Wir gehen daher gegenwärtig davon aus, die prognostizierten Zahlen im Ergebnis zumindest erreicht werden.

Es macht sich dabei im Übrigen „bezahlt“, dass wir **bei der Bildung der Ansätze für die Gewerbesteuer und die Einkommenssteueranteile** abermals **Zurückhaltung an den Tag gelegt** hatten.

Wir tun dies nicht, wie bei den letzten Haushaltsberatungen vom Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion gemutmaßt wurde, damit wir später für etwaige Mehreinnahmen gefeiert werden, sondern um keine Prügel zu beziehen, wenn die Einnahmen einmal geringer ausfallen sollten, als im Haushaltsplan vorgesehen.

Nun können wir uns allesamt über relative Punktlandungen bei diesen Haushaltspositionen freuen.

Diese Herangehensweise werden wir auch für 2023 beibehalten, denn sie ist vorausschauend und folgt dem Anspruch an „**Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit**“.

Entsprechend dem **Planungserlass** des Hessischen Ministerium des Inneren und für Sport haben wir auch für 2023 die Einnahmesätze bei der **Gewerbsteuer**, den **Einkommens- und Umsatzsteueranteilen** sowie den **Schlüsselzuweisungen** gebildet.

Wenn es im Rahmen des **Kommunalen Finanzausgleich (KFA) 2023** zu einem **Plus** gegenüber unserer bisherigen Schätzung in der mittelfristigen Finanzplanung kommt, dann hängt dies sowohl mit einer insgesamt **höheren Verteilungsmaße** als im letzten Herbst vom Land geschätzt als auch mit den **Einwohnerzahlen Neustadts zum 31.12.2021** zusammen. Seinerzeit war die **HEAE mit über 800 Geflüchteten belegt**, dies macht sich letztlich in der Stadtkasse positiv bemerkbar und führte – wie mitgeteilt – auch dazu, dass der Bürgermeister der Kommune nach B2 zu besolden ist.

Wir können beim KFA mit Mehreinnahmen von rund 1,2 Mio. Euro rechnen, allerdings verbleiben nach Abzug der Kreis- und Schulumlage nur knapp 500.000 Euro in der Stadtkasse.

Die **Finanzausstattung der Städte und Gemeinden durch das Land** ist ein alljährlich wiederkehrendes Thema bei meinen Haushaltsreden

Im Ergebnis können wir vor Ort mit den Einnahmen aus dem KFA derzeit insgesamt zufrieden sein, auch wenn die erhöhten Abführungen an den Landkreis natürlich ärgerlich sind.

Die positive Entwicklung seit 2015 hängt natürlich insbesondere – wie dargestellt - **mit unserer Einwohnerzahl zusammen**, die sich aufgrund der HEAE seit Jahren um die 10.000 bewegt und gegenwärtig aufgrund einer sehr hohen Belegung der Einrichtung wieder darüber liegt.

Eine **Überarbeitung des KFA** wird seit Jahren durch das Land angekündigt, bisher ist sie aber unterblieben.

Wenn sie denn kommt, muss sie sich im besonderen Maße dem ländlichen Raum widmen.

Alle wollen **attraktive Kleinstädte**, viele haben gerade zu Corona-Zeiten erkannt, welche **Vorteile das Leben auf dem Lande** doch mit sich bringt. Dann ist es aber auch an der Zeit, diesen Aussagen dauerhaft Taten folgen zu lassen.

Bei der Überarbeitung des KFA muss nach meiner Auffassung zwingend berücksichtigt werden, dass Kommunen auch auf dem „flachen Land“ Einrichtungen vorhalten, die von der Einwohnerschaft anderer – zumeist kleinerer Städte und Gemeinden – genutzt werden.

Ich denke hier beispielsweise daran, dass wir **zwei Bäder** unterhalten, die von Schulen, Vereinen und Besuchern aus anderen Städten und Gemeinden mitbenutzt werden.

Im § 28 des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzes hat man festgelegt, dass Kommunen untereinander einen **Ausgleich** zu leisten haben, wenn Kinder aus einer Kommune den Kindergarten in einer anderen besuchen. Eine Regelung, die man kritisch hinterfragen muss, insbesondere auch die Art der Berechnung.

Wir mussten 2021 übrigens über 20.000 Euro an Ausgleichszahlungen an Nachbarkommunen leisten.

Warum erkennt das Land nicht auch an, dass selbst Grundzentren wie Neustadt (Hessen) Leistungen für noch kleinere Kommunen erbringen und berücksichtigt dies dann entsprechend beim KFA?

Ein anderes Thema bei den Finanzbeziehungen Land-Kommunen ist das in der hessischen Verfassung niedergeschriebene Konnexitätsprinzip.

Ein schönes Beispiel hierfür, allerdings im negativen Sinn, ist – erneut - der **Bereich der Kindergärten**.

Zwar hat es hier in den letzten Jahren – siehe die Ausführungen im Haushaltsvorbericht – Erhöhungen bei den Zahlungen des Landes gegeben, aber diese decken bei weitem nicht die steigenden Ausgaben im Bereich der Personal- und Sachkosten.

Das Land muss sich in den Augen der kommunalen Familie deutlich stärker an den Erhöhungen der Personal- und Sachkosten beteiligen als dies bisher der Fall ist.

Noch viel besser wäre es aber, wenn das Land Kostensteigerungen bei den Kommunen aufgrund erhöhter Personalschlüssel oder zusätzlicher Leitungsfreistellungen vollständig trägt.

Hier sollte gelten: Wer bestellt, bezahlt!

Und am besten wäre es, wenn das Land die volle Zuständigkeit für die Kosten der Kinderbetreuung hätte.

Ich wiederhole hier meine Forderung der Vergangenheit: So wie für Schulen und Universitäten sollte das Land grundsätzlich auch für die Kinderbetreuung zuständig sein.

Ein Unding ist es in diesem Zusammenhang, dass im Juni 2022 gerade einmal sechs Wochen vor Fristablauf durch das hessische Sozialministerium erklärt wird, dass die neuen Personalschlüssel dann doch nicht ab dem 1.8.2022 gelten, sondern um ein Jahr verschoben werden. Drei Wochen vorher bekam man aus Wiesbaden auf Nachfrage noch eine andere Antwort.

Wenn wir vor Ort so planen würden ...

Ein solches Negativ-Beispiel allerdings auf Bundesebene ist auch die Umsetzung des § 2b Umsatzsteuergesetz im Hinblick auf die Kommunen.

Bis Mitte November galt als sicher, dass Städte und Gemeinden auf verschiedenste Dinge, etwa den Verkauf von Eintrittskarten für kulturelle Veranstaltungen, ab 2023 Mehrwertsteuer erheben müssen.

Die Vorbereitungen hierzu sind nicht gerade einfach. Jetzt zeichnet sich eine Verschiebung um erneut zwei Jahre an.

Auch hier ist keine geordnete Planung erkennbar.

Wir erfüllen in unseren Kindergärten nun schon die neue Mindestverordnung und sind daher auch hier anderen Kommunen ein Stück voraus.

Dies ist sicher für Kinder und Erzieherinnen gut, belastet aber natürlich unseren Haushalt.

Im Übrigen ist es gegenwärtig ungeheuer schwer, geeignetes pädagogisches Personal zu finden und wenn dann andere Kommunen, wie etwa auch Marburg, auch noch über Tarif bezahlen, dann ist es fast unmöglich.

Im Waldkindergarten war der zweiten Gruppe nur eine kurze Lebenszeit beschieden.

Hier haben wir uns alle 2021 viel zu sehr von einigen Eltern treiben lassen. Mahnende Worte des Bürgermeisters wollte vor der Kommunalwahl irgendwie keiner hören.

Eine Gruppe kann im Wald stabil besetzt werden, ein höherer Bedarf scheint derzeit aber nicht zu bestehen.

Die katholische Kirchengemeinde Momberg hat den Betriebsführungsvertrag für den Kindergarten „Arche Noah“ zum 31.12.2023 aufgekündigt.

Ziel ist es zukünftig mehr als 85 % der ungedeckten Kosten durch die Kommune erstattet zu bekommen.

Gegenwärtig zahlen die meisten Städte und Gemeinden bereits höhere Sätze an die katholischen und evangelischen Kirchengemeinden. **Ein Thema, dass man in Ruhe miteinander besprechen muss.**

Es gilt dabei, die Finanzen beider Partner zu beachten und die Frage eines künftigen Miteinanders in der Verantwortung für die Einrichtung zu besprechen.

Lassen Sie mich die Ausführungen zu Kinderbetreuung mit der Forderung nach Beitragsfreiheit auch für Kinder unter drei Jahren (in der sechsstündigen Kernzeit) beenden.

Vielleicht bewegt sich hier ja etwas vor oder nach der Landtagswahl im Herbst 2023.

Seit 2018 gewährten wir als Kommune hier freiwillig eine kreisweit einmalige Beitragsrückerstattung.

Hiervon sollte mit Blick auf die allgemeine Entwicklung der Gebühren Abstand genommen werden, sonst entfernen wir uns zu weit von der Realität in den anderen Kommunen.

Mit Rückerstattung ist ein U3-Platz in Neustadt während der Kernzeit beispielsweise fast 150 Euro im Monat günstiger als in Kirchhain. Das ist ungut.

Mit unserem „normalen“ Gebührensatz von 160 Euro liegen wir „im Mittelfeld“. Auffällig, dass Kommunen, die scharf kalkulieren wie etwa Kirchhain und der Ebsdorfergrund sehr deutlich über den anderen Kommunen liegen.

Mit dem an dieser Stelle nicht verausgabten Geld könnten wir neben der zweiwöchigen Ferienbetreuung in den Sommerferien, die wir gemeinsam mit dem Kreis finanzieren, solche Angebote auch in den Oster- und ggf. Herbstferien unterbreiten.

Das Land beabsichtigt die Frist für die Umsetzung der „Hessenkasse“ um zwei Jahre zu verlängern. Das ist aus vielerlei Gründen positiv.

Aufgrund einiger im Jahresverlauf eingetretener Veränderungen haben wir die in der Anlage befindliche Auflistung der „Hessenkasse“-Projekte wieder aktualisiert.

Es wäre sehr zu begrüßen, wenn das Land zur Ankurbelung der Konjunktur auch über 2025 hinaus ein solches Förderprogramm anbieten würde.

Trotz eines abermals unausgeglichene eigenen Haushalts für das kommende Jahr verzichtet der Landkreis auf eine Erhöhung der Kreis- und Schulumlage.

Die große Koalition aus SPD und CDU zeigt sich hier zum wiederholten Male kommunalfreundlich. Hier ist es sicher nicht von Nachteil, dass die finanzpolitischen Sprecher von SPD und CDU im Kreis und auch in Neustadt aktiv sind.

Hervorzuheben ist auch, dass der Kreisentwicklungsfonds über 2022 hinaus fortgesetzt wird. In den kommenden fünf Jahren bedeutet dies für Neustadt eine zusätzliche Zuweisung in Höhe von **370.000 Euro**, einen investiven Zuschuss über 170.000 Euro und jährliche Zahlungen von 40.000 Euro.

Dieser Betrag deckt aber bei weitem noch nicht, was wir 2023 zusätzlich an Kreis- und Schulumlage abzuführen haben, aber er ist natürlich viel besser als nichts.

Im Hinblick auf die erhöhten Überweisungen an das Kreishaus erwarte ich keine Dankesbriefe aus Marburg, aber zwingend eine Fortführung des bisherigen Kurses bei den Kreisfinanzen im Hinblick auf die Kommunen.

Wer sich wie der Landkreis Jahr für Jahr rund 30 neue Stellen gönnt, der muss diese auch in schlechteren Zeiten aus eigener Kraft finanzieren können und sollte dafür keine Erhöhung der Umlagen in Betracht ziehen.

Gleiches gilt im Hinblick auf die freiwilligen Leistungen des Landkreises. Wer sich hier verstärkt engagiert, muss in etwaigen Notzeiten in diesem Bereich zuerst streichen, bevor er Städte und Gemeinden zusätzlich belastet.

Unsere Zusammenarbeit mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf ist gegenwärtig vielfältig und gut.

Cybersicherheit, Online Zugangsgesetz, Ehrenamtszuschale, Corona II-Paket, demografischer Wandel, Landschaftspflegeverband oder der Radwegebau – auch wenn uns vor Ort die Zeitschiene beim Radweg Momberg-Mengsberg nicht gefällt – mögen hier als Stichworte dienen.

Gerne würde ich sie um einen wichtigen Bereich erweitern: die Entwicklung der Innenstädte.

Der US-amerikanische **Bürgerrechtler Martin Luther King** (1929-1968) „hatte einen Traum“, den Traum von Freiheit und Gleichheit.

„Mein Traum“ wäre eine kreisweite Gesellschaft aus Landkreis, Kommunen, Banken und Wohnungsbaugesellschaften **mit dem Ziel, leerstehende oder vom Leerstand bedrohte Gebäude aufzukaufen, zu sanieren und zu vermieten.**

„Wohnen findet INNENSTADT“ könnte der Name für eine solche Gesellschaft sein.

Es geht mir mit diesem Ansatz darum, attraktiven und nach Möglichkeit barrierefreien Wohnraum in den Ortskernen zu schaffen, über die Schaffung zusätzlicher Freiflächen nachzudenken und auch steuernd auf den Bevölkerungsmix einzuwirken.

In diesem Bereich muss sich die öffentliche Hand verstärkt engagieren. Auch dies übrigens ein Gedanke der „Herbstschule“ der Studierenden.

Wir alleine können dies nicht, wir brauchen Partner. Da es diese Thematik nicht nur in Neustadt (Hessen) gibt, habe ich diesen größeren Ansatz gewählt.

Ich bin der großen Koalition von SPD und CDU auf Kreisebene dankbar, dass sie dieses Thema im Jahre 2023 inhaltlich behandeln will.

Unabhängig von diesen Gesprächen auf Kreisebene rede ich derzeit mit der Hessischen Landesgesellschaft über dieses Thema. M.E. müssen wir uns hier breit aufstellen und Partner suchen.

Seit ich in der Kommunalpolitik aktiv bin, immerhin schon seit 1991, wird das Thema „Innenstadt“ immer wieder aufgerufen.

Was gab es hier im Laufe der Jahrzehnte nicht schon alles für Ideen und Initiativen.

Dauerhaft verbessert hat sich aufgrund der Rahmenbedingungen nichts, vieles musste mangels Akzeptanz wieder zu den Akten gelegt werden.

Mit der „grünen Wiese“ und dem Internethandel kann es ein Innenstadtbereich selbst in weitaus größeren Städten nicht mehr aufnehmen.

Diese Erkenntnis ist bitter, aber der Realität kann man nicht davonlaufen.

Nachdem wir bereits im Rahmen der Gemeinwesenarbeit mit dem „**Begegnungstreff**“ einen **Leerstand in der Innenstadt beseitigt** haben, setzen wir nun im Rahmen des **Förderprogramms „Zukunft Innenstadt“** weitere Vorhaben wie den „**NEUSTADTladen**“, den **Coworking-Space** und eine „**Galerie auf Zeit**“ um und sorgen damit für belebte Schaufenster.

Es erscheint mir überlegenswert zu sein, den „**NEUSTADTladen**“, dessen Angebot gut angenommen wird und sukzessive durchaus noch erweitert werden könnte, und das **Coworking-Space**, über dessen Nutzung man jetzt noch keine Aussagen treffen kann, über das Ende des Förderzeitraum am 31.12.2022 hinaus aufrecht zu erhalten.

Beides im Übrigen Vorhaben, die Personalstunden binden.

Sollte es hier zu einer Verstetigung kommen, muss über geringfügige Beschäftigungsverhältnisse nachgedacht werden.

2023 wollen wir weitere Bausteine unseres Innenstadtantrages umsetzen.

Dieses Tätigwerden der Kommune schafft zumindest zeitweise Abhilfe, löst aber natürlich nicht die Probleme.

Hierfür braucht es mehr. Hierfür wäre eine „Allianz für die Innenstadt“ bestehend aus Eigentümern, Mietern, gewerblichen Nutzern und der Kommune von Nöten.

Mir ist bewusst, dass dies ein Bohren dicker Bretter ist, aber was ist die Alternative?

Mit Hilfe des Förderprogramms „Zukunft Innenstadt“ geht die **Kommune** hier quasi in **Vorleistung**. Wir finanzieren eine Art „aufsuchende Beratung“.

Ziel ist es, dass sich die Eigentümer in der Bahnhof- und Marktstraße klarwerden, wie sie die Zukunft ihrer Immobilien sehen. Dies ist die Grundvoraussetzung für das weitere Vorgehen.

Lassen Sie mich nochmals träumen: Die kreisweite Gesellschaft „Wohnen findet INNENSTADT“ wird gegründet und Neustadt kommt in ein Städtebauförderungsprogramm, das auch private Vorhaben fördert. Was könnte dann nicht alles zwischen Bahnhof und Weidenbrunnen bewegt werden.

Aber selbst wenn keiner dieser beiden Träume kurz- oder mittelfristig Wirklichkeit werden sollte, müssen wir diesem Bereich zukünftig besondere Aufmerksamkeit widmen.

Sicher ist bereits, dass der Landkreis, die meisten kreisangehörigen Kommunen und weitere Partner nun eine **Wirtschaftsförderungs GmbH** auf den Weg bringen.

Wir sind dabei und hoffen auf positive Impulse.

In meinen Augen müssen mittel- bis langfristig die Breitband GmbH, die MSLT und auch die Regionalentwicklung gemeinsam mit der Wirtschaftsförderungs GmbH zu einem „großen Ganzen“ zusammenfinden.

Im Rahmen eines Workshops zur Mobilität sprach jemand davon, dass der **Bahnhof und dessen Umfeld** zu einer Art „**Mobilitätszentrale**“ werden sollte.

Ein Ansatz, der richtig ist.

Ein sanierter und barrierefreier Bahnhof mit Park & Ride-Flächen, so sollte es 2030 sein.

Daran wollen wir arbeiten, uns bei den zuständigen Stellen immer wieder bemerkbar machen und auf Erfolg hoffen.

Gut wäre es in diesem Zusammenhang, **den Bahnhof zu verantwortbaren Konditionen erwerben** zu können. Diesbezüglich sind wir, wie Sie wissen, im Gespräch mit dem Eigentümer. **Leider sind unsere preislichen Vorstellungen nach wie vor meilenweit auseinander.**

Wer viermal so viel verlangt, wie er einst selbst bezahlt hat, macht sicher ein sehr gutes Geschäft, muss aber einen anderen Käufer finden als die Kommune.

Wenn die Kommune nun mit Hilfe von **Fördermitteln des Bundes** im Bereich des **Bahnhofes 72 Fahrradstellplätze schafft**, davon **24 abschließbar und 9 mit der Möglichkeit ein E-Bike aufzuladen**, dann ist dies sowohl ein **Betrag zur Mobilität der Zukunft als auch zum Klimaschutz.**

Sie erinnern sich daran, dass ich eingangs davon sprach, dass bei einer modernen Kommunalpolitik Themenbereiche wie Puzzleteile ineinandergreifen? Hier haben Sie ein Beispiel dafür.

Daneben errichten wir noch **vier Boxen für Lastenräder bzw. Räder mit Anhänger**, eine Anregung von Frau Stadtverordneten Hamel. Diese werden dann wie die Schließfächer mit Akku-Lademöglichkeit für E-Bikes zu **70 % vom Rhein-Main-Verkehrsverbund** gefördert.

Ein Bürgermeister kann denken und lenken, die Stadtverordnetenversammlung Beschlüsse fassen, aber letztlich **muss alles auch umgesetzt werden.**

Denn es sind Ergebnisse, die zählen und sichtbar sind, nicht Konzepte.

Dafür bedarf es guter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rathaus.

Das Thema Personal wird gerade auch für kleine Kommunen immer wichtiger.

Bereits mit dem Haushaltsplan 2022 wurde uns durch die Stadtverordnetenversammlung die Möglichkeit eröffnet, in jedem der beiden Fachbereiche einen Mitarbeitenden zusätzlich einzustellen.

Die Notwendigkeit dieser Maßnahme wird durch die **Organisationsuntersuchung** für die Stadtverwaltung untermauert. Hier spricht man sogar davon, dass durchaus **noch weiterer Bedarf** bestünde.

Hier **möchten wir aber zunächst einmal abwarten**, wie sich der Arbeitsanfall nach Einarbeitung der beiden neuen Mitarbeitenden – ein Techniker für das Bauamt und eine Kraft für die Stadtkasse – sowie der Umsetzung der neuen Verwaltungsstruktur tatsächlich darstellt.

Zudem dürfen wir **nicht verkennen, dass qualifiziertes Personal kaum auf dem Markt ist bzw. oft nicht in unsere Gehaltsstruktur passt.**

Bedarf besteht sicherlich noch im Bereich IT und Digitalisierung.

Hier wurde uns zwar im letzten Jahr mehrfach bescheinigt, dass wir für eine Kommune unserer Größe beispielsweise in Sachen E-Akte oder Online-Zugangsgesetz gut aufgestellt sind, aber natürlich merken wir in der täglichen Arbeit, wo es noch besser gehen könnte.

Bei uns werden die notwendigen Arbeiten bisher quasi nebenbei und daher von Generalisten und nicht von Spezialisten erledigt.

Angedacht ist hier zunächst, ein **Miteinander mit Kirchhain** zu **erproben**. Sollte dies nicht praktikabel sein, müssen wir aber über andere Lösungen nachdenken.

Dies könnte eine zusätzliche Stelle sein oder auch der Einkauf entsprechender Leistungen.

Sollten wir über 2024 hinaus wieder in „große“ Förderprogramme aufgenommen werden, müssen wir uns auch in diesem Bereich breiter aufstellen.

Das Einwerben von Zuschüssen ist das eine, die umfangreichen Zwischenberichte, Verwendungsnachweise und Prüfungen vor Ort das andere.

Hier nimmt die **Bürokratie** „von oben“ in meinen Augen **überhand**.

Ich verstehe nicht, warum so viele „oben“ Angst vor dem Rechnungshof haben.

Kontrollen sind wichtig, aber bereits die Sorge davor, darf doch nicht dazu führen, dass jeder Pragmatismus verloren geht.

Es braucht im Übrigen viel weniger Förderprogramme, sondern vielmehr eine bessere Finanzausstattung der Kommunen. Das Land sollte den Kommunen hier mehr Eigenverantwortung zutrauen.

Bürgermeister, die dann nicht mit der Zeit gehen, die gehen mit der Zeit

Sie wissen, dass wir **bereits in vielen Bereichen interkommunal unterwegs** sind, sei es mit dem **Landkreis Marburg-Biedenkopf** oder **Nachbarkommunen** (u. a. gemeinsamer Ordnungsbehörden, Freiwilliger Polizeidienst, Vertretungsregelungen beim Standesamt oder Gefahrgutüberwachung).

Eine Zusammenarbeit werden wir aber Ende 2023 beenden: die gemeinsame Lohnabrechnung mit Schwalmstadt und Willingshausen. Hier haben wir seit längerem Mehrarbeit aufgrund von Nachfragen und Nachbesserungen. Es erscheint daher praktikabel diese Aufgabe wieder selbst zu übernehmen.

„**Leuchtturmprojekt**“ der IKZ-Zusammenarbeit soll hierbei „**Klimahandeln im Ostkreis**“, unser Klimaschutzmanagement, gemeinsam mit Kirchhain, Amöneburg, Rauschenberg und Wohratal werden.

Mit unserer **Nachbarkommune Kirchhain** stehen wir zudem in einem regelmäßigen Austausch über weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Bedauerlicherweise ist das Interesse Stadtallendorfs an einem solchen Austausch doch sehr begrenzt.

Auch in der neuen Förderperiode gehören wir der **LEADER-Region Marburger Land** an.

Erste Gemeinschaftsprojekte sollen im kommenden Jahr **Machbarkeitsstudien zu Carsharing** und einer **Landesgartenschau nach 2030** in unserer Region sein.

Wir selbst wollen mit **LEADER-Förderung** ein **Konzept** für eine **zeitgemäße Ausstellung zur Stadtgeschichte im Junker-Hansen-Turm** entwickeln.

Dabei werden wir die **Staatliche Verwaltung für Schlösser und Gärten miteinbeziehen**, deren Ziel es ist, den Besuchern die Baugeschichte dieses einzigartigen Denkmals zu vermitteln.

Zudem wollen wir ab dem kommenden Frühjahr versuchen, den Junker-Hansen-Turm nach Möglichkeit zumindest an drei Sonntagen im Monat - bisher war es einer – von März bis Oktober zu öffnen.

Im Bereich des **(Tages-)Tourismus** werden die **Wohnmobilstellplätze** beim Freibad gut angenommen. Über die **Marburg Stadt und Land Touristik (MSLT)** wollen wir diese und die Sehenswürdigkeiten unserer Kommune besser vermarkten.

Ende 2023 scheiden wir aus dem Tourismusservice „Rotkäppchenland“ aus.

Bereits seit einigen Monaten arbeiten wir nun schon bei der MSLT mit. Da wir dort keinen Beitrag zahlen, werden wir die dann ersparten 8.000 Euro ab 2024 anderweitig im Bereich Tourismus/Freizeit einsetzen können.

Gut wäre es, wenn es uns gelänge das **Stadtarchiv wieder personell zu besetzen.**

Hier ist eine kontinuierliche Dokumentation angebracht und das Historische Archiv hätte dann einen Nutzen.

Da es erste Überlegungen seitens des Kulturhistorischen Vereins dazu gibt, haben wir hier wieder einen Ansatz vorgesehen.

Aber zurück zu einer möglichen Ausweitung des Personalbestandes: Die Einstellung zusätzlicher Mitarbeiter würde gegenwärtig auch an fehlenden Räumlichkeiten scheitern.

Die vorhandenen Büros sanieren wir zwar kontinuierlich mit Mitteln der „Hessenkasse“ und sorgen auch für eine zeitgemäße Möblierung und technische Ausstattung, aber die Fläche können wir in unserem über fünfhundert Jahre alten Rathaus natürlich nicht vermehren.

Wenn die Sparkasse mittelfristig ihren Platz neben dem Kultur- und Bürgerzentrum gefunden haben wird, gilt es gemeinsam mit deren Vorstand über die Verwendung des Bestandsgebäudes in der Marktstraße nachzudenken.

Hier könnten sich, nicht zuletzt wegen der Barrierefreiheit und der Parkflächen, durchaus neue Möglichkeiten gerade für die publikumsintensiven Bereiche unserer Verwaltung ergeben.

Dadurch, dass wir mit der **Umsetzung des neuen Geschäftsverteilungsplanes zum 1.1.2023 künftig drei Fachbereiche** haben werden, versprechen wir uns in der Folge einen Qualitätsgewinn u. a. durch klarere Strukturen.

Aufgrund der **geänderten Geschäftsverteilung werden die Personalkosten einiger Mitarbeitenden anderen Haushaltsstellen zugeordnet** als in der Vergangenheit, daher sind manche Ansätze nur bedingt vergleichbar.

Die Neubesetzung von Leitungsfunktionen und die Bereitschaft von Mitarbeitenden sich weiter zu qualifizieren, muss sich im Stellenplan auch in der Besoldung bzw. Entlohnung wiederfinden.

Wenn wir eine **leistungsstarke Verwaltung** und qualifizierte sowie **motiviert Mitarbeitende** wollen, müssen wir hier zu **Veränderungen nach oben** bereit sein. Ansonsten gehen jene, die wir dringend brauchen.

Wir konkurrieren u. a. mit der Universitätsstadt Marburg und dem Landkreis Marburg-Biedenkopf gerade um die guten jüngeren Kräfte und müssen uns auch dem Wettbewerb mit der Wirtschaft stellen.

Diesen gewinnen wir nicht mit schönen Bildern und guten Worten, sondern letztlich nur mit einer leistungsgerechten Bezahlung.

Bei den Erläuterungen zum Stellenplan erfahren Sie weitere Einzelheiten. **Vorgenommene Höhergruppierungen erfolgen aufgrund von Stellenbewertungen** im Zusammenhang mit der Organisationsuntersuchung.

Das Ausgeführte trifft natürlich auch auf unseren **Bauhof** zu. Auch hier haben wir **2023 Höhergruppierungen vorgesehen**, um Mitarbeiter langfristig zu binden und gute Leistungen anzuerkennen.

Im Übrigen legen wir weiterhin Wert auf eine gute technische Ausstattung des Bauhofes. Daher ist die **Neuanschaffung eines Unimogs für rund 250.000 Euro** vorgesehen.

Wir tauschen Fahrzeuge aus, bevor sie ständig in der Werkstatt sind und auch noch einen Erlös, hier etwa 35.000 Euro, bringen.

Wenn wir zukünftig qualifizierte Facharbeiter suchen, werden wir die Bereitschaft an den Tag legen müssen, uns hier finanziell stärker zu engagieren, um diese für unsere Abläufe wichtige Position besetzen zu können.

Nachdem weder in diesem Hause die Bereitschaft zu erkennen war, die **Wasserversorgung der Stadtteile Mengersberg, Momberg und Speckswinkel** auf den Zweckverband Mittelhessischer Wasserwerke (ZMW) zu übertragen, noch der ZMW ernsthaftes Interesse hieran erkennen ließ, obwohl die Kommune mit der Kernstadt dem Verband seit fünf Jahrzehnten angehört, **fungieren wir auch in den kommenden Jahren als Versorger.**

Dies ist nicht zuletzt aufgrund der aktuellen politischen Situation eine große Verantwortung und hat seinen Preis.

Es ist uns gelungen, um unseren Vorarbeiter ein schlagkräftiges „**Team Wasser**“ aufzubauen, das sich ständig weiterqualifiziert.

Es stehen im Bereich der Wasserversorgung der Stadtteile zahlreiche Investitionen an: Hochbehälter Speckswinkel, Entsäuerungsanlage Momberg, Austausch der Wasserleitung bei grundhafter Straßensanierung.

Vorhaben, die nicht aus dem allgemeinen Haushalt finanziert werden können, sondern über Beiträge und Gebühren von den Nutzern langfristig zu finanzieren sein werden.

Die sehr gute Umsetzung der Projekte der Vergangenheit, die Projektarbeit des Bauhofes und die gelungene Durchführung vieler Veranstaltungen wie etwa des Stadtjubiläums

„Neustadt 750“ zeigen ebenso wie die qualifizierte Arbeit unserer Kindergärten vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie, dass man sich auf Verwaltung, Bauhof und Erzieherinnen verlassen kann.

Die Mannschaft des kleinen Seglers „Neustadt“ verdient im Gegenzug unsere Anerkennung und eine angemessene Bezahlung.

Wir nehmen im Übrigen Abstand davon, den Stellenplan einfach nur nach dem „Prinzip Gießkanne“ auszuweiten, sondern sind bestrebt, Schritt für Schritt sinnvolle, am Leistungsprinzip orientierte und letztlich für uns auch finanziell tragbare Lösungen zu suchen.

Höhergruppierungen müssen nach objektiven Kriterien erfolgen. Daher halten wir gerade im Bereich des Bauhofes eine Stellenbewertung für hilfreich.

Sicher wird es in den kommenden Jahren zu weiteren Anpassungen kommen, beispielsweise wenn sich Mitarbeitende – was ausdrücklich gewollt ist - weiter qualifizieren.

Uns ist bei alledem bewusst, dass man jenes Personal, das man in den „guten Zeiten“ einstellt, auch in „schlechten Zeiten“ bezahlen muss.

Für 2023 haben wir übrigens eine **Lohnerhöhung** von **4 %** eingeplant. Wir sind hier etwas vorsichtiger als der Kreis, der nur von 3 % ausgeht.

Bedingt durch die prognostizierte Lohnerhöhung, Höhergruppierungen und zusätzlichem Personal haben wir im Bereich der **Lohnkosten** eine **Steigerung** von über **450.000 Euro** zu verzeichnen.

Gespannt sind wir, ob im öffentlichen Dienst zwischen den Tarifparteien auch ein „Inflationsausgleich“ von 3.000 Euro vereinbart wird. Ich denke, dass die Zeichen darauf hindeuten, daher auch die eingangs erwähnte Erhöhung der Personalkostendeckungsreserve.

Ich gönne allen diese Zahlung, muss aber als Kämmerer auf die damit einhergehende **Belastung von etwa 300.000 Euro für den kommunalen Haushalt** hinweisen. Ich hatte eingangs ausgeführt, dass wir diese Summe bei der Personalkostendeckungsreserve berücksichtigt haben.

Der Bund hat es sich hier in meinen Augen recht einfach gemacht, indem er die Arbeitgeber den Inflationsausgleich zahlen lässt.

Aufgrund der Umsetzung der Organisationsuntersuchung wurden einige Mitarbeiter anderen Kostenstellen als bisher zugeordnet, ich bitte dies beim Vergleich von Haushaltsansätzen zu berücksichtigen und verweise auf die Erläuterungen zum Stellenplan.

Bereits in meiner ersten Haushaltsrede habe ich im Dezember 2007 davon gesprochen, dass sich **Neustadt** zu einer **attraktiven Wohnstadt** entwickeln muss.

Diesem Ziel sind wir in den letzten Jahren ein großes Stück entgegengekommen.

Die Kommune hat **sehr viel in ihre Infrastruktur investieren können** und bietet deutlich mehr als vor zehn oder fünfzehn Jahren, **aber es besteht natürlich weiterer Handlungsbedarf.**

Getreu dem Motto „**Wer rastet, der rostet!**“ dürfen wir nicht selbstzufrieden werden und uns alleine auf dem Erreichten ausruhen, sondern müssen die Aufgaben der Zukunft weiterhin engagiert angehen.

Eine Stadt hat gerade dann eine gute Zukunft, wenn viele Kinder in ihr leben.

Familien entscheiden sich dann für eine Kommune, wenn sie u. a. über ein **breites Angebot** im Bereich der **Kinderbetreuung** verfügt.

Wer die Zeitung aufmerksam liest, der stellt fest, dass wir den Eltern mehr Betreuungsmodule anbieten als andere.

Wir haben in den letzten Jahren in unserer Kommune etwa 90 neue Kindergartenplätze geschaffen und damit auf den Bedarf reagiert.

Immer mehr Eltern wünschen Krippenplätze. Hier müssen wir noch weiter tätig zu werden.

Dass dies mit höheren Personalkosten einhergeht liegt auf der Hand.

Die neue Krippengruppe in der KiTa „Regenbogen“ ist nur eine befristete Zwischenlösung, aufgrund der zunehmenden Wohnbebauung werden wir zudem noch eine weitere Gruppe benötigen.

Es gilt nun rasch zu prüfen, ob wir **selbst bauen** – Invest um die 2 Mio. Euro/ Zuschuss etwa 500.000 Euro – wobei offen ist, ob und wann dieser „fließt“, da das Förderprogramm überzeichnet ist – **oder** ob wir geeignete **Räumlichkeiten anmieten** – Umbau-Invest ggf. 300.000 Euro, Zuschuss 100.000 Euro.

Verständlicherweise enthält die mittelfristige Finanzplanung hier noch keinen Ansatz, denn welche Zahlen sollten wir einstellen?

Allerdings sehen wir für diese Thematik ebenso wie für das Feuerwehrhaus Neustadt einen Ansatz für Planungskosten vor, denn wir brauchen eine fundierte Basis für zukünftige Entscheidungen.

Heute können wir im Übrigen noch nicht sagen, ob wir einmal eine Priorität zwischen Kindergarten und Feuerwehrhaus festlegen müssen oder ob beide Projekte zeitgleich möglich wären.

Eines muss uns aber allen klar sein. Den Kurs einer soliden Haushaltswirtschaft werden wir nicht verlassen.

Ein Neubau bedürfte im Übrigen natürlich eines geeigneten Grundstückes, hier sieht es mager aus.

In den Sinn käme mir auch hier zunächst wieder der Festplatz oder vielleicht der Hartplatz der ehemaligen Kaserne.

Wo aber sollte bei der ersten Alternative die Trinitatis-Kirmes stattfinden?

Die Entwicklung dieses traditionsreichen Festes bereitet mir übrigens durchaus Sorge.

Ich sehe beispielsweise immer weniger Bereitschaft, sich beim Festzug zu engagieren oder die Veranstaltungen zu besuchen.

Die Kirmes ist leider nicht mehr das identitätsstiftende Volksfest für die ganze Kommune.

Dabei verkenne ich nicht, dass ein **Kirmesbesuch** gerade für eine Familie mit Kindern inzwischen ein **teures Vergnügen** geworden ist. Wer kann oder will sich drei oder gar vier Tage in der „Lehmkaute“ noch leisten?

Es wird auch immer schwieriger Schausteller für das Fest zu gewinnen. In den nächsten Jahren werden nach meiner Einschätzung viele von ihnen aufgeben (müssen). Wer kann, wer will in zehn Jahren noch nach Neustadt kommen?

Vielleicht muss man einmal etwas zunächst Ungeheuerliches tun und über Alternativen zur althergebrachten Kirmes nachdenken. Könnten ein Stadtfest oder eine Innenstadtkirmes mit Fahrgeschäften nur für (Klein-)Kinder eine Alternative sein?

Lassen Sie uns hierüber zumindest einmal ergebnisoffen nachdenken.

Neu ist übrigens ein Ansatz von **1.000 Euro zur Unterstützung des Kirmesfestzuges in Momberg.** Wir meinen, dass auch dieser eine Förderung der Kommune verdient hat.

Auf die angedachte Erweiterung der **Parkplätze bei der KiTa „Regenbogen“** verzichten wir (zunächst). Ein Teil der dafür vorgesehenen Fläche dient gegenwärtig als Außenspielbereich für die neue Krippengruppe.

Die eingesparten Mittel verwenden wir dafür, um aufgetretene Mehrkosten bei Bauvorhaben des Jahres 2022 auszugleichen.

Im Gespräch mit der katholischen Kirchengemeinde Momberg müssen wir auch klären, ob es dort über den 31.7.2023 hinaus weiteren Bedarf an Plätzen für U3-Kinder gibt, wie hoch dieser ist und ob er ggf. über KiTas in der Kernstadt gedeckt werden kann.

Hier käme als Zwischenlösung vor Ort unter Umständen der neue Mehrzweckraum in Betracht. Nicht ideal, aber rasch umsetzbar und damit zielführend.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass die Kommune die Kosten für die momentane 4. (Not-)Gruppe vollständig tragen muss, da sich das Bistum an neuen Gruppen generell nicht mehr beteiligt.

Eine attraktive Wohnstadt muss allen Generationen etwas bieten: Kindern, Jugendlichen, Familien und Senioren.

Sie alle wissen um unsere diesbezüglichen Aktivitäten wie (Klein-)Kinderbetreuung, Freizeitangebote, kommunale Jugendarbeit oder die Leitstelle „Älter werden in Neustadt“.

Weiche Standortfaktoren sind uns vor Ort wichtig.

Aber nicht alles kann von der Kommune selbst übernommen werden. **Es bedarf vielmehr Partner und Investoren, die Neustadt als einen attraktiven Standort auffassen.**

Auch hier tut sich etwas.

Das **MENetatis-Seniorenheim** ist bezogen, „**Wiesenhof**“ legt einen großzügigen Außenbereich an und der Bau von „**Tagwerk**“ schreitet erkennbar voran.

Neue Wohnungen und Häuser entstehen in unserer Kommune und die Bauleitverfahren für eine weitere Wohnbebauung etwa „Wohnen auf dem Stückertriesch“ schreiten voran.

Hier werden wir im Übrigen erstmals eine sogenannte „**Infrastrukturabgabe**“ pro Wohneinheit vertraglich vereinbaren.

In vielen anderen Kommunen ist dies bereits seit längerem ein Instrument zur Mitfinanzierung kommunaler Folgeinvestitionen wie etwa Kindergartenplätze.

Von besonderer Bedeutung für Neustadt wird das „**Medzentrum Neustadt**“ mit Zweigstelle der Sparkasse neben dem Kultur- und Bürgerzentrum sein.

Ein wichtiger Beitrag zur **Sicherung der hausärztlichen Versorgung** und ein **Ausbau weiterer Angebote „rund um die Gesundheit“** und damit **ein zusätzlicher Pluspunkt für unsere Kommune.**

Ich bin sehr froh, dass wir hier nun in das Bauleitverfahren starten.

Auch im „**Kaufpark**“ **war der Abrissbagger bereits tätig**, so dass es dort auch weitergeht.

Ich habe allerdings auch **Verständnis dafür, wenn** in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage **Investoren ab und an einen Gang herausnehmen**, um nicht in wirtschaftliche Schieflage zu geraten.

Zu einer **attraktiven Wohnstadt gehören** aber ebenso auch **Aspekte der Sicherheit** – ich sprach an anderer Stelle davon – **kulturelle Angebote** wie Theater, Lesungen, Artisten- oder Straßenmalerfestival und manchmal **bloßer „Kleinkram“** wie der Papierkorb an der Ecke oder eine zusätzliche Bank oder Straßenlampe.

Dinge, die klein erscheinen, aber oft eine nicht zu unterschätzende Wirkung für den Einzelnen haben.

Für alle diese Bereiche enthält der Haushalt 2023 natürlich auch Mittel, wir haben uns hier an den Ansätzen der Vergangenheit orientiert.

Unser Engagement gilt auch 2023 – Sie haben es sicher bereits bei den bisherigen Ausführungen bemerkt – sowohl der Kernstadt als auch den Stadtteilen.

Im kommenden Jahr ist natürlich unser kleinster Stadtteil **Speckswinkel** besonders im Fokus, feiert man dort doch das **800-jährige Dorfjubiläum**, das wir als Kommune natürlich unterstützen.

Die „**Grüne Mitte**“, der Generationentreffpunkt in der Ortsmitte, steht ebenso zur Umsetzung an wie eine **Aufwertung des Teichumfeldes**.

Bedingt durch den **Umbau des „Zollhofes“** musste der **Jugendraum** aufgegeben werden. Ein Bauwagen am Festplatz ist hier zunächst einmal die Alternative.

Wie es hier weitergeht, ist noch offen und muss sich in die Finanzen dieser Stadt ebenso einpassen wie am Bedarf orientieren.

Eine Lösung könnte ein Umbau des Lagerraums am Festplatz durch den Bauhof sein.

Dann würde sich das Projekt zwar etwas in die Länge ziehen, aber prinzipiell fielen nur die Materialkosten an. So ist auch der Haushaltsansatz von 65.000 Euro in diesem Bereich zu verstehen.

Aber auch in Mengersberg und Momberg soll in den nächsten Jahren kräftig investiert werden: „Haus für alle“, Trauerhalle(n), Außenanlage multifunktionales Haus, großer Saal im DGH, Straßenbau ...

Eine Haushaltsrede des Jahres 2023 kann natürlich nicht ohne Aussagen zur Mobilität und dem Klimaschutz auskommen, wenn ihr Verfasser auf der Höhe der Zeit ist.

Wenn Sie meinen Ausführungen bisher aufmerksam gefolgt sind, haben Sie hier aber auch schon einiges gehört: **Radwege als gemeinsame Aufgabe** mit dem Landkreis und benachbarten Kommunen, **Radabstellanlage am Bahnhof**, **Umsetzung der Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung „Innenstadt“** nach Freigabe der A 49 bis Stadtallendorf, **Nahmobilitätscheck** und Überlegungen zum **Car-Sharing** bei der LEADER-Region Marburger Land.

Um **Vorschläge der Verkehrsuntersuchung „Innenstadt“ schrittweise umsetzen** zu können, können wir durch das Städtebauförderungsprogramm Sozialer Zusammenhalt **100.000 Euro** bereitstellen, hier gibt es sicher auch Überlappungen zum Nahmobilitätscheck.

Für **Projekte**, die sich aus dem **Nahmobilitätscheck** ergeben, sehen wir in den nächsten Jahren **jeweils 25.000 Euro** vor. Hier geht es dann um kleinere, aber oft wirkungsvolle Dinge.

Gemeinsam mit der EAM wollen wir zudem im Rahmen der „Energiewendekommune“ die **E-Mobilitätsinfrastruktur in der Kommune ausbauen**.

Wir werden zudem bald über **drei E-Bikes** und ein Lastenrad verfügen und 2023 werden für die **Verwaltung** auch ein **E-Auto** und ein **Hybridfahrzeug** ausgeliefert. Auch ein **Lastenfahrrad** wurde auf den Weg gebracht.

Ich kann mir daher nur schwer vorstellen, dass trotzdem noch jemand auf die Idee kommen könnte, hier müsste in den kommenden zwölf Monaten noch mehr getan werden.

Dem hielte ich voller Überzeugung entgegen, dass wir bereits viel mehr tun als andere und dass die Vielzahl der Projekte auch finanziert und umgesetzt werden müssen.

Uns zeichnet in Neustadt aus, dass wir nicht nur reden, sondern gut planen und dann auch realisieren. Das sollten wir beibehalten und dabei stets die bereits genannten realistischen Ziele im Blick haben.

Die gegenwärtigen Klimaschutzaktivitäten der Stadt Neustadt (Hessen) können sich in meinen Augen ebenfalls sehen lassen.

Gemeinsam mit Kirchhain, Amöneburg, Rauschenberg und Wohratal haben wir zum 1. Juli 2022 mit „**Klimahandeln im Ostkreis**“, unserem Klimaschutzmanagement, begonnen.

Zwei Jahre wird das Vorhaben nun mit rund 50 % der Kosten vom Bund gefördert.

Für mich steht fest, dass es danach weitergehen muss. Wie dies dann organisatorisch und vor allem finanziell von statten geht, muss im kommenden Jahr geklärt werden.

Dies wäre **übrigens ein Bereich, wo der Landkreis die Kommunen finanziell unterstützen könnte**, denn wenn der Kreis seine eigenen Klimaziele erreichen will, braucht er zwingend die Zuarbeit der Kommunen.

Wir werden Fördermittel nach dem **KfW-Programm 432** erhalten und können damit zunächst Bestandsaufnahmen und konzeptionelle Überlegungen für **die Wohnquartiere „Galgenberg“ und Struth** erarbeiten.

Das Pilotprojekt **„Energiewendebegleiter“** gemeinsam mit der EAM wird fortgeführt. Beratung der Kommune und Fachvorträge für die Bürger werden hierbei wichtige Bausteine bis 2025 sein.

Auf **kommunalen Dächern** wird der **Ausbau von PV-Anlagen** – s. vorn – in den nächsten beiden Jahren deutlich vorangetrieben.

Mit einem Invest von über 200.000 Euro werden wir **die restliche Straßenbeleuchtung auf LED-Technik** umstellen.

Im **Rotkäppchenhallenbad** in Mengersberg wird die **Deckenbeleuchtung auf LED-Technik** umgestellt und auch für Büros und weitere kommunale Liegenschaften ist sukzessive ein Austausch der vorhandenen Leuchtmittel vorgesehen. Für beides erhalten wir erhebliche Fördermittel.

Mit der **EAM** haben wir zudem ein **kleines Förderprogramm mit 10.000 Euro für private Energiesparmaßnahmen** aufgelegt. Dabei stammen die Gelder nicht aus dem kommunalen Haushalt, sondern vom Stromversorger.

Für weitere Aktivitäten im Bereich des Klimaschutzes sehen wir 40.000 Euro vor. Diese werden wir aus Haushaltsresten finanzieren, so dass Sie diesen Ansatz im aktuellen Haushaltsplan nicht ersehen können.

Dabei lassen wir gegenwärtig noch offen, für was diese Mittel konkret eingesetzt werden sollen.

Eine Möglichkeit wäre – nach Vorlage des entsprechenden Konzeptes durch die EAM – der Erwerb weiterer – neben den gesponserten – E-Ladesäulen. Ziel sollte sein, dass zunächst in jedem Stadtteil eine öffentlich zugängliche Ladesäule vorhanden ist.

Eine andere Möglichkeit wäre, einen Teil davon für ein weiteres kommunales Förderprogramm, über das wir in der Vergangenheit sprachen, einzusetzen.

Persönlich bin ich hier **eher skeptisch**. Warum?

Der Landkreis fördert beispielsweise Solaranlagen, Bund und Länder legen vermehrt Förderprogramme auf.

Muss es da noch ein weiteres Programm sein? Wer eine energiesparende Maßnahme umsetzt, lässt dies doch nicht an 500 Euro von der Kommune scheitern.

Auch sollten wir hier nicht „alleine auf weiter Flur“ agieren, sondern uns mit den Partnerkommunen von „Klimahandeln im Ostkreis“ abstimmen.

Wäre es nicht sinnvoller, die Mittel komplett im kommunalen Bereich einzusetzen, denn da wird es sicher im Laufe des nächsten Jahres durch die Arbeit der Klimaschutzmanagerinnen zahlreiche weitere Ansatzpunkte geben.

Wir haben uns zudem um **Fördermittel von rund 1,5 Mio. Euro** (Eigenanteil 15 %) beim **Bundesprogramm „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“** beworben.

Hier ginge es dann in der Umsetzung u. a. um weitere Renaturierungen im Bereich der Wiera, Entsiegelungen, einen „Urwald“ im Stadtwald, Pocketparks, zusätzliche Bäume – auch auf privaten Flächen oder eine Blühoffensive auf dem Friedhof.

Ob wir bei diesem Förderprogramm zum Zuge kommen, werden wir erst im Frühjahr 2023 wissen. **Da es angeblich fünffach überzeichnet ist, haben wir hier auf einen Ansatz (zunächst) verzichtet.**

Im **Bereich des Friedhofs streben wir** unabhängig davon, zudem **eine schrittweise Neustrukturierung angepasst an die örtlichen Verhältnisse an**, dies sollte aber konzeptionell untermauert erfolgen.

Für die Neuanlage von Grabfeldern und eine entsprechende Beratung sehen wir 15.000 Euro vor.

Die genannten **Investitionen im Bereich Klimaschutz** sind in meinen Augen **beachtenswert.**

Zu den genannten Beträgen können Sie noch einmal **40.000 Euro für** das angesprochene **Energiemanagementsystem** hinzurechnen.

Neustadt geht auch hier voran und leistet seinen Teil. Dieser Weg muss in den nächsten Jahren fortgeführt werden. Wie bisher werden wir hier versuchen, Fördermittel einzuwerben.

Während **Klimaschutz** der Sammelbegriff für Maßnahmen ist, die der durch den Menschen verursachten globalen Erwärmung entgegenwirken, gibt es noch ein zweites zu bespielendes Themenfeld: die **Klimaanpassung.**

Hier geht es darum, sich mit den aufgrund der globalen Erwärmung bereits eingetretenen Änderungen des Klimas zu arrangieren und auf zu erwartende Änderungen einzustellen.

Ein Beispiel dafür sind die überall zunehmenden **Starkregenereignisse**.

Mit einer 100 %-Förderung des Landes wollen wir für das „Heidental“ **eine Starkregenkarte erstellen**. Diese wird dann Eingang in die Planungen der **Flurbereinigung** finden, die wohl 2025 konkrete Formen annehmen dürften.

Zudem machen wir uns mit dem Landkreis und 13 weiteren Kommunen auf den Weg im Rahmen eines IKZ-Projektes zunächst konzeptionelle Grundlagen für ein Maßnahmenpaket „Klimaanpassung“ zu erstellen.

Sie sehen, dass wir alle wichtigen, zukunftsweisenden Themen erkennen und bespielen.

Allerdings werden wir Prioritäten setzen müssen. Alles auf einmal wäre wünschenswert, ist aber unrealistisch.

Und wir werden die Menschen mitnehmen müssen.

Ohne das Mittun vieler werden wir nicht vorwärtskommen – dies gilt für alle von mir angesprochenen Bereiche.

Verkennen wir dabei aber nicht, dass der Alleinverdiener mit zwei Kindern oder die alleinerziehende Mutter gegenwärtig durchaus andere Sorgen als zukünftige Mobilität, Klimaschutz oder Klimaanpassung haben.

Da geht es darum, wie man über die Runden kommt, was die Lebensmittel kosten oder ob man den Abtrag für das Haus leisten kann.

Die Politik muss natürlich Antworten auf die großen Zukunftsthemen finden, darf sich aber von der Lebenswirklichkeit vieler Menschen nicht allzu weit entfernen.

Zum Themenbereich Klima gehört letztlich auch der Neustädter Stadtwald.

Die Ergebnisse des Holzverkaufes liegen 2022 deutlich über den Planungen.

Die **Holzvermarktungsorganisation Vogelsberg-Burgwald**, deren Vorstand ich als Vorsitzender der Forstbetriebsgemeinschaft Marburg-Kirchhain angehöre, ist gut angelaufen.

2023 müssen wir mit weniger Einnahmen rechnen, denn die flauere Konjunktur auf dem Bausektor dürfte sich auch auf den Holzmarkt auswirken.

Auch in unserem Stadtwald betreiben wir aktiv Klimaschutz.

In den letzten zehn Jahren wurden **auf rund 100 ha** – das sind 10 % unserer Waldfläche – **fast 500.000 Bäume neu angepflanzt**. Damit werden die Kalamitätsschäden der vergangenen Jahre aufgefangen.

Dabei setzen wir auf elf verschiedene Baumarten um einen klimaplastischen Mischwald zu schaffen.

Natürlich macht sich die Energiekrise auch beim **Holzverkauf an Privathaushalte** bemerkbar. Trotz hohem Einschlages sind wir nicht in der Lage, alle Bestellungen auf einmal zu bedienen. Wir müssen hier mit einer **Warteliste** arbeiten und um Verständnis bitten.

Auch hier wird wieder deutlich, wie Themen zusammenhängen und warum man sie nicht isoliert betrachten kann.

Der Bund plant ein Förderprogramm für Waldbesitzer, die sich in besonderem Maße dem Klimaschutz und der Klimaanpassung verpflichten. Wir halten dies für unseren Stadtwald für denkbar.

Wir könnten nach ersten Ankündigungen über 20 Jahre hinweg mit jährlich 50.000 Euro rechnen.

Aber aufgrund der Erfahrungen mit der Bundeswaldprämie – aufgrund europarechtlicher Vorschriften erhielten wir nur 25.000 Euro statt 80.000 Euro – **sind wir hier eher vorsichtig**, wollen Klarheit und haben zunächst auf einen Haushaltsansatz verzichtet.

Lassen Sie mich nun zum Ende meiner diesjährigen Haushaltsrede kommen.

Vom deutschen **Altrock Udo Lindenberg** stammt der Song „Hinterm Horizont“.

Der Refrain lautet: **„Hinterm Horizont geht's weiter. Ein neuer Tag. Hinterm Horizont immer weiter. Zusammen sind wir stark!“**

Ein gutes Motto für das vor uns liegende Jahr 2023.

Der Entwurf des Haushaltsplanes, den ich Ihnen heute zur Beratung übergebe, zeigt nachdrücklich auf, dass es in der Kernstadt, in Momberg, Mengersberg und Speckswinkel weitergeht.

Wir erledigen nicht nur die Dinge, die sich immer wiederholen, sondern wir **setzen auch Akzente für die Zukunft.**

Dabei nehmen wir uns nur das vor, was wir in einem überschaubaren Zeitraum auch umsetzen können.

Lassen Sie uns dabei auch weiterhin zusammen stark sein, denn dies ist eine entscheidende Grundlage für das Gelingen unseres Vorhaben „Neustadt 2030“.

„Denken wir dabei nicht in Problemen. Denken wir in Lösungen.“ Sind wir ideenreich und mutig wie Wickie.

Unser Handeln darf dabei nie auf ein oder zwei Jahre beschränkt sein.

Seit April feiern wir mit vielen gelungenen Veranstaltungen unser Stadtjubiläum „Neustadt 750“. Dessen Motto lautet „Neustadt gestern – heute – morgen“.

Genauso müssen wir Kommunalpolitik verstehen.

Das Gestern, die Historie, beachten.

Im Heute, der Gegenwart, leben und dabei schon entschlossen das Morgen, die Zukunft, gestalten.

Das ist unser gemeinsamer Auftrag für die Stadt Neustadt (Hessen).